

17. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Öffentlicher Teil

22. Sitzung

Freitag, 23. Februar 2024, 9:30 Uhr

Stuttgart, Haus des Landtags

Plenarsaal
Videokonferenz

Beginn: 9:34 Uhr

Schluss: 11:34 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Teil I – öffentlich

- 1. Öffentliche Anhörung**
von Ministerpräsident Winfried Kretschmann zu
Handlungsempfehlungen für eine „Krisenfeste Gesellschaft“ S. 1
2. Anträge zur politischen Aussprache zum vierten
Handlungsfeld (Wirtschaft)..... S. 31

Teil II – nicht öffentlich.....(gesondertes Protokoll)

1. Abstimmung über im Abschlussbericht zu verwendende
Titel der vier Handlungsfelder der Enquetekommission
2. Abstimmung über Handlungsempfehlungen zum ersten
Handlungsfeld der Enquetekommission (Gesundheit).....(abgesetzt)
3. Anträge zur politischen Aussprache zum vierten
Handlungsfeld (Wirtschaft).....(im öffentlichen Teil behandelt)
4. Verschiedenes

Teil I – öffentlich (Beginn: 9:34 Uhr)

Vorsitzender Alexander Salomon: Meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien! Allen voran insbesondere vielen Dank an unseren Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, dass er heute zum zweiten Mal in der Enquetekommission zu uns spricht und bei unseren Fragestellungen Rede und Antwort steht.

Ich darf direkt in die Sitzung einsteigen, darf vorab aber darauf hinweisen, dass Änderungen an der Tagesordnung gewünscht sind, die Teil II – nicht öffentlich – der heutigen Sitzung betreffen. Die nicht öffentliche Sitzung soll, anders als ursprünglich vorgesehen, direkt im Anschluss an die öffentliche Sitzung durchgeführt werden. Teil II Punkt 2 soll nach Rücksprache mit den Fraktionen vertagt werden. Teil II Punkt 3 – Anträge zur politischen Aussprache zum vierten Handlungsfeld (Wirtschaft) – soll wie üblich im öffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden, da die Einbringung in öffentlicher Sitzung erfolgt ist, und soll somit direkt an die öffentliche Anhörung des Ministerpräsidenten anschließen. Teil II Punkt 4 – Verschiedenes – soll im Rahmen der nicht öffentlichen Sitzung behandelt werden. Gibt es zu diesen Änderungen Anmerkungen, oder gibt es hiergegen Widerspruch? – Das sehe ich nicht. Dann verfahren wir so.

Wir steigen direkt in die Tagesordnung ein und beginnen mit

Punkt 1 Öffentliche Anhörung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann zu Handlungsempfehlungen für eine „Krisenfeste Gesellschaft“

Ihnen ist der vorgesehene Ablauf für die Anhörung bekannt: Wir haben die Möglichkeit, uns 20 Minuten die Rede des Ministerpräsidenten zur Enquetekommission anzuhören. Danach haben wir ungefähr 100 Minuten Zeit für eine Fragerunde durch die Fraktionen. Das Prozedere kennen Sie bereits. Es wird reihum stattfinden. Ich werde darauf achten, dass die Fraktionen ungefähr gleich häufig die Möglichkeit haben, den Ministerpräsidenten zu befragen. Das hat in der Vergangenheit ja immer ganz gut funktioniert.

Herr Ministerpräsident, noch mal vielen Dank, dass Sie das zweite Mal bei uns sind. Sie hatten ja auch gesagt, dass Sie noch mal kommen. Das freut uns sehr. Sie bilden quasi den inhaltlichen Abschluss dieser Enquetekommission. Danach gehen wir in die Erarbeitung der Handlungsempfehlungen über. Das heißt, das, was Sie heute sagen, könnte noch Auswirkungen auf das haben, was am Ende im Abschlussbericht steht. – Jetzt haben Sie das Wort.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Vorsitzender, vielen Dank, auch vielen Dank für die erneute Einladung zur heutigen Sitzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“.

Es geht aufwärts – das war das Gefühl nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, sozusagen im goldenen Vierteljahrhundert. Es geht abwärts – das ist die aktuelle Stimmungslage. Eine Krise jagt die nächste: Finanzkrise, Brexit, Pandemie, die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten. Wir haben es dabei nicht mit beliebigen Krisen zu tun, mit denen die Politik natürlich täglich umgeht und umgehen muss – das gehört zur Normalität der Politik dazu –, sondern sie sind Ausdruck von etwas Tiefergehendem.

Die Krisen sind Ausdruck fundamentaler historischer Umbrüche. Das sind die Erderhitzung durch den Klimawandel, die Digitalisierung und die künstliche Intelligenz. Wenn Sie einmal die generative künstliche Intelligenz nehmen, so ist diese gerade mal knapp anderthalb Jahre alt und geht massiv in alle Lebensbereiche hinein. Einer unserer großen „Leuchttürme“ in diesem Bereich hat einmal gesagt: „Keine Technologie, die es bisher in der Menschheit gab, wird so nahe an den Kern des Menschlichen heranrücken.“ Dazu zählen aber auch die demografischen Veränderungen – die alten, reichen Industrienationen schrumpfen demografisch, und im Süden haben wir weiterhin eine starke Bevölkerungsexplosion mit allem, was daraus folgt – und natürlich die ganzen weltweiten Machtverschiebungen. Da ist vor allem China zu nennen, aber auch das, was sich geopolitisch verschiebt und was sich wirtschaftspolitisch verschiebt: China als völlig neuer Player, der uns jetzt sozusagen auf Augenhöhe angreift.

Das sind Umbrüche, die eben nicht in ein, zwei Jahren vorübergehen. Das sind Krisen, die gar nicht schnell lösbar sind, und Umbrüche, die nicht irgendwann wieder vorbei sind, sondern sie werden uns für sehr lange Zeit begleiten und rufen selbst immer wieder aktuelle Krisen hervor. Wir müssen lernen, damit umzugehen; denn klar ist: Solche Krisen machen etwas mit uns, sie reichen tief bis in unser persönliches Leben hinein. Denken wir an die Pandemie zurück – das hatten wir aber beim letzten Mal schon besprochen –: Wenn man sich im öffentlichen Raum nur noch mit einer Maske bewegen darf – das gab es vorher nicht – und wenn das flächendeckend der Fall ist, dann macht das ja etwas mit einem. Gleiches gilt, wenn die Schulen vorübergehend geschlossen werden und die Kinder und Jugendlichen von heute auf morgen zu Hause bleiben müssen. Wenn dann zudem zu Hause noch wenig Platz für Homeoffice ist, dann hat das einfache Wirkungen.

Wenn Putin plötzlich das Gas abstellt und die Energiepreise durch die Decke gehen, dann hat das ebenfalls sofort eine Wirkung.

Jetzt verdichtet es sich von der Ahnung zur Gewissheit: Vieles wird einfach nicht mehr so sein, wie wir es lange gewohnt waren. Man sagt alltagssprachlich ja oft, dass der Mensch ein Gewohnheitstier ist. An die Stelle von Gewissheit tritt Unsicherheit, und wir fragen uns: Wie sieht die Zukunft aus? Worauf können wir uns noch verlassen?

In Zeiten fundamentaler Umbrüche bleibt Unsicherheit ein permanenter Begleiter. Niemand kann in eine Glaskugel schauen und sehen, was die Zukunft bringt. Was ist das kostbarste Gut in solchen Zeiten? Vertrauen. Das gilt gerade auch im Hinblick auf zukünftige Krisen; denn je größer das Vertrauen in einer Gesellschaft ist, desto besser lassen sich die Krisen gemeinsam bewältigen. Vertrauen ist der Dreh- und Angelpunkt einer guten Krisenprävention.

Erstens: Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen. Es ist belegt, dass Länder mit hohen Vertrauenswerten in Institutionen wie Staat, Politik, Wissenschaft und Medien die Pandemie deutlich besser bewältigt haben als Länder mit geringen Vertrauenswerten. Studien belegen leider auch, dass in Deutschland das Vertrauen in unsere Institutionen schwindet. Nach einer Umfrage von Infratest dimap im Auftrag des SWR vom Januar sind nur noch 43 % der Menschen in Baden-Württemberg mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden. Eine Mehrheit, und zwar 46 %, äußert sich kritisch. Da müssen eigentlich alle Alarmknöpfe leuchten.

Für diesen Vertrauensverlust gibt es systematische Gründe, mit denen wir uns beschäftigen müssen, denn wir sehen in vielen Ländern ja ganz ähnliche Entwicklungen. Viele sagen, es liege eben an der Ampel. Aber in anderen Ländern gibt es gar keine Ampel. In Frankreich z. B. gibt es ein Präsidialsystem. In Großbritannien gibt es ein Mehrheitswahlrecht.

Also: Die vielen Umbrüche unserer Zeit und der dadurch ausgelöste Veränderungsdruck sind das eine. Daneben haben wir es mit einer echten Medienrevolution zu tun.

Unsere Demokratie wurde in der Zeit der Bücher und Zeitungen geboren. Radio und Fernsehen haben sie verändert, aber nicht abgeschafft. Nun sind wir in eine Netzwelt hineingerutscht, die den öffentlichen Raum fundamental neu formatiert.

Wie wir diese Welt demokratiefreundlich gestalten können, ist eine Aufgabe allerersten Ranges. Ich will nur einmal eine These aufstellen, die mir gestern in den Kopf kam, als ich diesen Artikel in der „Stuttgarter Zeitung“ gelesen habe.

(Der Redner hält einen Artikel aus der „Stuttgarter Zeitung“ hoch.)

Wir müssen einmal Folgendes sehen: Wenn Sie sich die ganzen Influencer anschauen und sich anschauen, wer heute Podcasts macht und wer Millionen von Followern hat, dann – ich spitze das jetzt einmal zu – sind das im Kern Laien, die entweder eine bestimmte Begabung haben oder gerade mal zufällig irgendwie etwas getroffen haben, was alle umtreibt. Aber es sind Laien. Sie müssen sehen: Bisher waren es in der Informationsgesellschaft Profis, die das machen, z. B. bei Zeitungsverlagen. Die dort Beschäftigten haben ein Handwerk. Da gelten bestimmte Regeln, z. B. dass man mindestens zwei Quellen befragen muss, bevor man etwas schreibt. Das ist sozusagen eine professionelle Branche. Und jetzt wird diese einfach durch Laien abgelöst. Wir

schauen uns jeden Morgen den Pressespiegel an, aber in Wirklichkeit spielt die Musik ganz woanders. Das, was wir uns anschauen, lesen immer weniger Leute. Wenn uns etwas nicht gefällt, dann reden wir mit einem Redakteur usw. Das sind auch eingefahrene Dinge. Wenn es ganz schlimm wird, dann gibt es einen Presserat, der etwas monieren kann.

Das ist ein ganz fundamentaler Umbruch. Das will ich einfach noch mal sagen. Ich will es so sagen: Ich beschäftige mich unglaublich viel mit diesen Fragen und befrage Soziologen, also Leute, die professionell die Gesellschaft analysieren. Aber es filtert sich bei mir persönlich – das ist jetzt wirklich eine persönliche Meinung – immer mehr heraus: Der Haupttrigger dieser ganzen Geschichte ist der Umbruch in der gesamten Informationsgesellschaft, den wir erleben.

Die Politik muss sich auch auf parteipolitischer und persönlicher Ebene mit diesem Vertrauensverlust beschäftigen. Wir dürfen das Vertrauen, das noch vorhanden ist, nicht leichtfertig verspielen – weder die Regierung noch die Opposition. Denn eine verlässliche Orientierung in diesen Zeiten ist nur auf diesem Weg möglich, und zwar mit dem Prinzip von Maß und Mitte. Das heißt: keine Erwartungen wecken, die wir als Regierung nicht erfüllen können, mit einem klaren Wertekompass und Tugenden wie Verlässlichkeit; keine tagespolitischen Vorteile auf Kosten des Ganzen generieren. Denn wer falsche Versprechungen macht oder nur auf seinen kurzfristigen Vorteil aus ist, der handelt auf längere Sicht auf Kosten des Vertrauens in unsere liberale Demokratie insgesamt. Die demokratischen Parteien sind deshalb gemeinsam aufgerufen, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere demokratischen Institutionen zu festigen.

Zweitens: Vertrauen unter den Bürgerinnen und Bürgern. Desinformationen, Verschwörungserzählungen, Polarisierung und Spaltung haben die Bewältigung der Pandemie massiv behindert und verzögert. Das würde auch für andere Krisen gelten. Die gängige Diagnose lautet deshalb: Die Gesellschaft driftet immer weiter auseinander oder ist gar gespalten.

Aber ich rate zu einem genaueren Blick. Ist sie das wirklich? In Deutschland haben wir nämlich noch keine amerikanischen Verhältnisse. Es gibt nach wie vor eine breite, vernünftige Mitte und Menschen, die an pragmatischen Lösungen und nicht am Streit um Weltanschauungen und Symbole interessiert sind. Aber wir erleben auch ein Erstarren der Ränder. „Polarisierungsunternehmer“ – so nennt sie ein Soziologe – dominieren die aufgeheizte Debatte. Das erleben wir dieser Tage in Biberach genauso wie bei anderen Protestaktionen.

Deshalb ist es wichtig, dass wir uns immer wieder in Erinnerung rufen: Unsere Gesellschaft ist nicht gespalten. Die Leute liegen sich nicht in Schützengräben gegenüber, auch wenn manche Medien einen anderen Eindruck erwecken. Das Bild entspricht nicht der Realität unserer Gesellschaft. Aber es gibt keine Garantie, dass es so bleibt und sich nicht dahin entwickeln könnte. Deshalb kommt es nicht nur darauf an, wie wir

sprechen, sondern auch darauf, was wir tun; denn wir sind dem Sturm der Veränderung nicht machtlos ausgesetzt. Wir können die Herausforderungen ehrlich benennen, anpacken und Lösungen finden.

Natürlich gilt dabei: „There is no glory in prevention“ – es liegt kein Ruhm in der Vorsorge. Diesen bemerkenswerten Satz hat der Virologe Christian Drosten während der Pandemie gesagt, und er gilt auch für andere Krisen, in denen wir stecken. Das kann also nicht der Maßstab unseres Handelns sein. Das ist der Nutzen, den wir für die Bürgerinnen und Bürger stiften. Das ist schließlich unser Auftrag.

Worauf wollen wir uns also verlassen? Wir spüren derzeit, dass die Demokratie nichts Selbstverständliches ist. Wir sehen, dass radikalisierte Ränder erstarken, aber wir sehen eben auch, dass Hunderttausende Menschen auf die Straße gehen. Die Kernaussage dieser Demonstrationen ist: „Wir sind die breite Mehrheit dieses Landes. Das ist unsere Demokratie, und wir verteidigen sie gegen ihre Feinde.“ Das ist ein Signal für das Aufwachen und das Aufstehen und eine Ermutigung für die Demokratie insgesamt.

Demokratie – das müssen wir uns immer wieder klarmachen –, das weiß jeder, bedeutet: Pluralität ist die Grundlage von Politik – auch wenn meine Mentorin zugespitzt gesagt hat: „Pluralität ist die Grundlage von Politik – jedenfalls in einer Demokratie.“ Wir haben ja sozusagen wieder eine enorme Renaissance, die Menschen in Gruppen einzuteilen, z. B. die Türken. In Wirklichkeit, wenn man sich solch eine Gruppe anschaut, sind die Unterschiede in dieser Gruppe viel größer als die Unterschiede zwischen Gruppen. Das kann man einfach wissenschaftlich belegen. Darum ist die Grundlage von Politik die Verschiedenheit der Menschen. Von allen völkischen Ideen, die glauben, man könne wieder eine homogene Volksgemeinschaft herstellen – die hat es natürlich in Wirklichkeit niemals in der Geschichte der Menschheit gegeben –, wissen wir, wohin das führt: in die Katastrophe.

Deswegen: Das Verschiedene unter das Regime des Gesetzes zu bringen, dass nämlich vor dem Gesetz alle gleich sind, ist das große Versprechen der Demokratie. Nur wenn wir es annehmen, dass wir die verschiedenen Leute unter das gleiche Recht setzen, dann können sich alle mit der Demokratie verbrüdern. Das heißt: Wir sind verschieden, wir streiten um Lösungen, aber wir sind eben auch fähig zu Kompromissen – ohne das funktioniert die Demokratie einfach nicht. Ich glaube, wenn wir so handeln, schafft das das Vertrauen, das wir brauchen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Ich gebe jetzt den Fraktionen die Möglichkeit, Fragen zu stellen. – Als Erste hat sich Frau Abg. Krebs für die Fraktion GRÜNE gemeldet.

Abg. Petra Krebs GRÜNE: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Vielen Dank, geehrter Herr Ministerpräsident. Vor allem vielen Dank dafür, dass Sie ein zweites Mal zu uns in die Enquetekommission gekommen sind. Das wissen wir zu schätzen. Aber es ist ja auch so, dass wir, die Enquetekommission, schon mit dem Namen „Krisenfeste Gesellschaft“ wahrscheinlich genau die Problematiken ansprechen, die im Moment im Land vorhanden sind und mit denen Sie sich auch schwer beschäftigen.

Daher möchte ich als Allererstes noch einmal etwas zu Krisen sagen. Wir sind davon überzeugt, dass Krisen das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat und in die staatliche Handlungsfähigkeit negativ beeinträchtigen können. Krisen haben aber auch durchaus das Potenzial, das Vertrauen zu stärken. Über Vertrauen haben Sie uns gerade einiges gesagt. Mich beschäftigen dabei immer wieder die Fragen: Wie viel Föderalismus verträgt Krise? Ist der Föderalismus in der Lage, dieses Vertrauen noch zu garantieren? Denn viele Krisen, die wir hier im Land zu bewältigen haben, sind auch bundespolitischer Natur.

Zweitens sehen wir die Enquetekommission nicht nur als ein Gremium, in dem man sich unterhält, sondern wir werden auch Handlungsempfehlungen an den Landtag und an die Landesregierung richten. Diese Empfehlungen sind natürlich inhaltlicher Natur, aber sie werden auch finanzieller Natur sein. Jetzt wissen wir alle, dass wir im Moment angesichts der zu erwartenden Haushaltslage und angesichts der finanzpolitischen Situation sowie der Steuerschätzung in enge Rahmen gebunden sind. Darum überlegen wir uns durchaus: Wie können vor dem Hintergrund dieser Spielräume Maßnahmen realisiert werden? Wir haben durchaus ganz genaue Vorstellungen und haben sie auch entwickelt. Wir würden von Ihnen gern hören, wie Sie sich vorstellen können, die Überlegungen einzubinden.

Ich denke, die Menschen haben Angst vor Wohlstandsverlust. Angst ist nie ein guter Ratgeber. Darum brauchen wir eben auch Vertrauen. Wir setzen darauf, dass wir eine stabile Wirtschaft ermöglichen. Für die Fraktion GRÜNE bedeutet Wirtschaft, dass die Wirtschaftsakteure mit dabei sind, dass es aber auch einen stabilen Sozialstaat gibt. Wir setzen also auf eine Sozialpartnerschaft und meinen, dass das eine große Rolle in der Bewältigung der anstehenden Transformationen spielt. Wir sehen den Sozialstaat auch nicht im Widerspruch zu wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Vielmehr soll diese verbessert werden. Wir bitten um eine Stellungnahme, wie Sie das sehen.

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, dass Sie zum wiederholten Mal bei uns in der Enquetekommission sind. Vielen Dank auch für die sehr präzise Wahrnehmung der Lage, die Sie beschrieben haben. Sie haben zahlreiche wichtige Punkte angesprochen. Ich würde gern den einen oder anderen Punkt, den Sie angesprochen haben, noch vertiefen.

Sie haben anfangs gesagt, man habe das Gefühl, es gehe abwärts, nachdem man, nachdem der Eisener Vorhang gefallen war, das Gefühl hatte, es gehe aufwärts. Jetzt geht es abwärts. Wir sehen auch, dass jedenfalls Unternehmen aus Baden-

Württemberg bei zu treffenden Investitionsentscheidungen zunehmend darüber nachdenken, Investitionen nicht mehr in Baden-Württemberg zu tätigen, sondern möglicherweise im Ausland, im europäischen Ausland oder noch weiter weg. Außerdem sehen wir momentan viele Streiks und Demonstrationen, auch von Gruppen, die von sich selbst sagen, dass sie in ihrer gesamten Geschichte noch nie gestreikt haben, jetzt aber das Gefühl haben, sie müssen ihre Meinung kundtun. Welche Ansätze sehen Sie für das Land Baden-Württemberg, um diese Fragen in den Griff zu bekommen oder auch ein Signal an die Wirtschaft zu senden, um Vertrauen vielleicht wiederherzustellen?

Sie hatten über Vertrauen gesprochen und gesagt, dass das Vertrauen in den Staat verlorengehe. Ich beurteile das ähnlich. Daher frage ich Sie: Wie kann man das Vertrauen wieder stärken? Ich meine, dies könnte durch solide, professionelle Politik gelingen, würde aber gern Ihre Meinung dazu hören, wie man das Vertrauen zurückgewinnen könnte.

Sie hatten einen interessanten Gedanken in Bezug auf die Medienrevolution geäußert, indem Sie gesagt haben, dass wir es eigentlich gewohnt sind, von professionellen Medien informiert zu werden, dass jetzt aber von Laien Meinungen verbreitet werden. Wie können wir mit diesem Zustand umgehen? Wie Sie zu Recht gesagt haben, gibt es Millionen von Followern. Die Meinungsbildung erfolgt mittlerweile nicht mehr über die Presse, sondern über ganz andere Medien wie beispielsweise TikTok oder Instagram. Wie kann die Politik darauf reagieren, um eine Professionalisierung in der Medienberichterstattung zu gewährleisten? Es ist eine große Gefahr, wenn Halbwahrheiten durch eine Quelle relativ schnell in einen großen öffentlichen Raum gebracht werden und sich dann viele darauf beziehen.

Abg. Florian Wahl SPD: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben das Thema „Mangelndes Vertrauen in der Bevölkerung“ angesprochen. Jetzt muss man natürlich sagen, dass das eine Sache ist, die auch immer gewissen Schwankungen unterliegt und sich nach der Wirtschaftslage richtet. Allerdings stellen wir in der gesamten Gesellschaft durchaus eine Partikularisierung fest; auch die Stimmen werden extremer und eventuell durch die neuen Medien auch hörbarer. Das bedingt einander.

Da ich seit mehreren Jahrzehnten im politischen Betrieb tätig bin, interessiert mich, wie Sie momentan den Umgang gerade auch der demokratischen Parteien mit diesen extremen Strömungen empfinden. Eine Sache hat mich z. B. letzte Woche sehr besorgt, gerade auch vor dem Hintergrund dessen, was Ihnen persönlich in Biberach widerfahren ist, wo der Protest aus den Fugen geraten ist: Der Innenminister hat letzte Woche in den „Tagesthemen“ gesagt, die Ampel sei ein Brandbeschleuniger für diese Proteste. Haben Sie diesbezüglich auch persönlich das Gespräch mit ihm gesucht? Hat darüber ein Austausch oder Ähnliches stattgefunden? Denn da stellt sich durchaus die Frage, wie wir als demokratische Kräfte fernab von parteipolitischen Fragen mit so etwas umgehen.

Ich habe noch eine Frage, die sich konkret auf die Coronapandemie bzw. auf den Umgang mit Krisen bezieht. Diese Enquetekommission gibt es u. a. wegen der Coronapandemie, um zu ermitteln, welche Lehren man parlamentarisch daraus ziehen kann. Ich habe folgende Fragen an Sie als Regierungschef: Was macht die Regierung als solche? Ist es innerhalb von Regierungen oder von Verwaltungen schon genügend eingeübt, selbst krisenhafte Ereignisse wie die Coronapandemie aufzuarbeiten? Aus meiner Sicht ist die Landesverfassung in Baden-Württemberg sehr regierungszentriert. Das heißt, die Möglichkeiten des parlamentarischen Handelns sind zwar gegeben, aber vieles war ganz einfach klares exekutives Handeln. Sie haben letztes Mal viel über Siloproblematiken und Ähnliches gesprochen. Gibt es strukturierte Prozesse innerhalb einer Regierung, um solche Vorkommnisse wie z. B. die Coronapandemie zu reflektieren bzw. aufzuarbeiten? Gibt es dazu einen Kabinettsausschuss oder Ähnliches, oder ist es eher so, wie allgemein in der Bevölkerung, dass man relativ froh ist, dass die Coronapandemie vorbei ist, und dass man sagt, man kann daraus vielleicht individuell oder eben über den parlamentarischen Weg Lehren ziehen, aber die Regierung als solche selbst nicht?

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon angekommen, dass wir die Beschreibung der Lage bzw. der Situation teilen. Es handelt sich vielleicht nicht immer um eine Krise, aber auf jeden Fall immer um Herausforderungen, denen wir uns momentan stellen müssen, gerade wenn es um die Verteidigung der Demokratie geht. Ganz allgemein ist es sicherlich eine schwierige Situation.

Wenn wir die Arbeit in unserer Enquetekommission betrachten, dann besteht sie zum einen darin, Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, um unsere Gesellschaft präventiv robuster für Krisen zu machen, die wir heute noch gar nicht kennen, aber zum anderen natürlich auch darin, Handlungsempfehlungen für substanziell strukturelle Krisenmaßnahmen abzugeben, beispielsweise Katastrophenschutzpläne. Wir haben festgestellt, dass wir diesbezüglich gar nicht so schlecht aufgestellt sind. Das fand ich gut. Auch die Kommunen bemühen sich, Verbesserungen in diesem Bereich zu bewirken.

Ich möchte zunächst auf die Themen Stimmung und Vertrauen eingehen. Ein ganz zentraler Punkt – das kam auch in Ihren Ausführungen deutlich zum Ausdruck – ist das Thema Kommunikation. Ich möchte es vielleicht noch ein wenig konkretisieren. Ein Teil des Vertrauensverlusts kam konkret in der Pandemie auch dadurch zustande, dass beispielsweise die Ministerien bzw. der Staat die Bevölkerung mit unterschiedlichen Aussagen verunsichert haben – angefangen bei den Schulschließungen, bei denen das Kultusministerium durchaus eine andere Position vertreten hat als das Sozialministerium, über die Maskenpflicht, Teststrategien, Impfstrategien, Lockerungs- und Öffnungsstrategien bis hin zu Forderungen nach dem Ende der Pandemiemaßnahmen. Meine konkrete Frage lautet: Sehen Sie es auch so, dass das ein Grund war? Ganz konkret betrifft die Frage auch das Thema Coronasoforthilfen im Bereich der Wirtschaft, wo am Anfang schnell geholfen wurde, was gut und auch wirkungsvoll war,

was im Anschluss dann aber durch das Rückmeldeverfahren nicht nur aufgeweicht wurde, sondern dann zu großem Frust geführt hat.

Das alles sind Dinge, die in der Verantwortung des Staates, in der Verantwortung der Regierung liegen. Wurde das so identifiziert? Gibt es Maßnahmen, damit das künftig besser und anders läuft, auch was das Thema Kurzfristigkeit angeht? Nicht nur die Wirtschaft bzw. die Unternehmen, sondern auch die Kommunen wurden zum Teil überfordert, als es Maßnahmen gab, die sonntagabends um 23 Uhr veröffentlicht wurden und am Montag um 0 Uhr sozusagen schon gewirkt haben. Gibt es diesbezüglich Maßnahmen und Entwicklungen? Sicherlich wird es im Rahmen der Handlungsempfehlungen entsprechend Inhalt unserer Arbeit sein, dass wir uns diesbezüglich definitiv verbessern müssen.

Als sie letztes Mal bei uns waren, haben Sie gesagt, man habe durchaus festgestellt, dass nicht alles optimal gelaufen sei. Welches wären die zwei wichtigsten Lehren, die Sie aus der Coronapandemie ziehen, die künftig verbessert werden sollten? Und – Frau Kollegin Krebs hat es schon angesprochen –: Welche Ressourcen müssen wir dafür zur Verfügung stellen, um nicht nur das Vertrauen zurückzugewinnen, sondern – das ist ja das Ziel – unsere Gesellschaft robuster und resilienter zu machen?

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Da, soweit ich es sehe, niemand von der AfD-Fraktion anwesend ist, gebe ich das Wort direkt an Herrn Ministerpräsident Kretschmann für die erste Antwortrunde.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Zunächst zu den Äußerungen der Kollegin Krebs: Föderalismus ist jetzt wirklich ein sehr weites Feld. Deutschland ist seit sehr langer Zeit föderal gegliedert. Das gehört zu seinen Traditionen. Erstaunlicherweise gibt es nicht viele föderal organisierte Staaten auf der Welt. Es gibt nicht viele richtig föderale, konstitutionelle Staaten. Zu diesen gehören die USA, die Schweiz, Deutschland – als wichtige Player –, ebenso Belgien, wo es nun einen sehr heftigen Föderalismus gibt. Wenn Sie an die Schweiz denken: Der Ständerat ist mit dem Nationalrat völlig gleichberechtigt. Der Bundesrat hingegen hat nur bestimmte Zuständigkeiten. Das sind dann die zustimmungspflichtigen Gesetze. Zum großen Teil sind es Einspruchsgesetze, über die die Länder mittelbar an der Bundesgesetzgebung teilhaben.

Aber die Deutschen haben einfach ein gespaltenes Verhältnis hierzu. Es gab immer wieder Versuche, Länder zusammenzulegen, aber das hat außer uns noch niemand geschafft. Auch bei uns hat es zweier Volksabstimmungen bedurft. Aber im Konkreten wollen die Deutschen ein Schulbuch. Daran zeigt sich, dass das irgendwie nicht sortiert ist. Wir führen Debatten, die wir in anderen föderalen Staaten wie den USA oder der Schweiz überhaupt nicht haben. Man muss einmal überlegen: In einigen Staaten der USA gibt es die Todesstrafe, in anderen nicht; wir konnten noch nicht einmal Steuererhebungsrechte für die Länder durchsetzen.

Ich sehe es im Prinzip ganz einfach: Wenn der Föderalismus subsidiär organisiert ist, ist es eine anderen Staatsformen weit überlegene Staatsform. Subsidiarität heißt, man gibt nur das nach oben bzw. man gibt nur das an die staatliche Ebene, was die untere nicht oder nur schlecht leisten kann. Das heißt, man behält die Dinge funktional unten, wenn sie funktionieren, und erst, wenn sie nicht funktionieren, werden sie nach oben gegeben. Das ist ein ganz großartiges Prinzip, das die katholische Kirche der ganzen Welt sozusagen geschenkt hat. Als Katholik wäre ich jetzt froh, sie würde das in ihren eigenen Reihen auch mehr anwenden, aber das nur nebenbei. Das ist also die entscheidende Frage.

Sie sehen das an den vielfach geäußerten Kritiken an der Europäischen Union. Das ist natürlich noch mal eine besonders prekäre Frage, nämlich: Wie finden die europäische Institution und ihre öffentlichen Organe überhaupt im öffentlichen Raum statt? Wie ist sie da organisiert? Sie sehen jetzt die Debatte um die Kommissionspräsidentin mit der Spitzenkandidatur. Das ist übrigens eine sehr deutsche Debatte, denn das haben andere Staaten in der Form nicht. Das heißt: Funktioniert das Repräsentationsprinzip gut?

Umgekehrt ist es wirklich ein Elend für die Landesminister, dass sie niemand kennt. Oder denken Sie einmal an die Umfragen zu den Fraktionsvorsitzenden. Das ist ziemlich hart für sie. Das heißt, die Landespolitik ist für viele einfach eine Geheimveranstaltung. Wir haben in der ersten Legislaturperiode einmal eine Umfrage zu dem Bekanntheitsgrad von Landesministern gemacht und haben dabei einen weiteren Namen hineingeschuggelt. Den kannten dann manche mehr als eine Landesministerin. Ich nenne jetzt den Namen nicht. Das ist für die nicht vergnüglich,

(Heiterkeit)

wenn jemand, den es gar nicht gibt, bekannter ist als sie.

Das ist einfach ein kommunikatives Problem. Wen man kennt, das sind die Ministerpräsidenten. Aber wenn ich mit den Leuten rede, dann sprechen die mich auf meinen Auftritt bei Markus Lanz an und nicht auf das, was ich hier in Baden-Württemberg entscheide. Das muss man einfach einmal sehen. Das heißt, du wirst heute eigentlich eher nach dem gefragt, was man in irgendeiner Talkshow oder in irgendeinem Format loslässt, wo man als MP viel leichter hineinkommt.

Das sind also gravierende Fragen, die ich jetzt auch nicht lösen kann. Aber die, die das kennen, sollten es auch nicht selbst infrage stellen. Ich meine, jeder weiß, dass ich nun ein wirklich überzeugter Föderalist bin. Ich glaube, wenn man das nach diesem Prinzip sortiert, ist das auch richtig. Das muss man allerdings auch konsequent machen, indem man fragt: Können wir die Frage in einem Land lösen?

Nehmen wir einmal technische Vorschriften wie z. B. Bauvorschriften. Das ist natürlich schon ein Problem. Aber wie man den Nichtraucherschutz organisiert, das können die Niedersachsen wirklich anders machen als wir hier. Das ist doch eigentlich kein Problem. Dort, wo es um Gestaltung geht, ist es immer wichtig. Dort, wo es eigentlich nur um technische Regeln geht, ist der Föderalismus nicht besonders sinnvoll.

Wenn wir jetzt z. B. an digitale Plattformen denken, dann macht es einfach keinen Sinn, wenn die in jedem Land verschieden sind. Aber die Schulpolitik überall gleich zu gestalten – Gott bewahre. Wir sehen gerade, dass sich der Blick jetzt in vielen Dingen nach Hamburg richtet. Das ist einfach der Vorteil des Föderalen: Das, was die jetzt gut hinbekommen haben, können die anderen dann auch machen. Ich glaube, das ist ein sehr dynamisches Prinzip, wenn man das beachtet.

Mein Plädoyer ist andererseits aber auch, als Land zu prüfen, was wir kommunalisieren können. Dort gibt es Gemeinderäte. Dort ist es auch demokratisch, und da muss man nicht denken, wir im Landtag wüssten alles besser. Man sollte also immer fragen: Was ist das Richtige auf welcher Ebene, und am besten möglichst weit unten, weil es dann näher bei den Leuten ist? Aber es muss dort funktionieren. Wenn es das nicht mehr tut, dann ist es nicht sinnvoll.

Die Rechtsaußen-Parteien und Populisten sind alle antieuropäisch und wollen zurück zum Nationalstaat vergangener Zeiten. Jetzt muss man sich einmal überlegen, was das angesichts der globalen Situation bedeutet. Was richtet denn da ein Nationalstaat aus? Der Kollege Laschet hat einmal sehr schön gesagt, wenn man das mache, sei das ein Programm des Abstiegs des Wirtschaftlichen. Viele Dinge kann man also nicht machen. So sehr man sich auch über europäische Regeln ärgern kann: Mir hat mal ein Konzernchef aus Baden-Württemberg gesagt, das Schlimmste sei, wenn jedes Land eine eigene Regel für international agierende Konzerne hätte. Das müssen wir immer bedenken. Sonst sind wir einfach nicht mehr wettbewerbsfähig gegenüber großen Wirtschaftsräumen wie den USA oder China.

Damit komme ich zur Frage der finanziellen Spielräume. Die werden jetzt erst einmal enger. Gut, dazu kann ich nur etwas Banales sagen: Jetzt kommt wieder die Zeit der Prioritätensetzung. Anders wird es einfach nicht gehen. Bei den Prioritäten ist man sich allerdings schnell einig, z. B. bei der Bildung; bei den Posterioritäten allerdings nicht: Wo spart man? Wo streicht man? Da beginnt der Streit. Wir werden uns alle unglaublich schnell, in Sekunden darauf einigen, dass Bildung angesichts der PISA-Ergebnisse eine hohe Priorität hat. Wenn wir die Mittel aber dort konzentrieren, dann haben wir sie in Zeiten, in denen wir mit Mindersteuereinnahmen rechnen müssen, woanders nicht.

Angesichts der Angst vor Wohlstandsverlust besteht die große Herausforderung, vor der wir stehen, natürlich darin, das möglichst gering zu halten. Allerdings kann man jetzt nicht erwarten, dass die großen Krisen ohne Zumutungen gehen und dass das Leben einfach so weitergeht. Ich meine, das ist doch logisch: Wenn wir jetzt dauerhaft

2 % des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben müssen, dann sagen wir, das sei deshalb so, weil wir das bisher nicht gemacht haben. Das heißt, diese Mittel haben für andere Zwecke zur Verfügung gestanden. Entweder hat man ein gigantisches Wirtschaftswachstum, das diese Ausgaben kompensieren kann; dann ist das kein Problem. Das ist aber erst einmal nicht in Aussicht. Also müssen wir auch von Zumutungen ausgehen. Wir müssen sie aber so halten, dass sie sozusagen nicht den Kern des Wohlstands beeinträchtigen.

Das ist einfach unsere Aufgabe, und es gibt keinen Grund, daran irgendwie zu zweifeln. Ich wüsste nicht, warum wir das machen sollten. Das im Rahmen der Sozialpartnerschaft zu machen, ist gut, aber jeder merkt: Da verändert sich gerade etwas. Die Franzosen waren schon immer höchst streikfreudig, und wir hatten wegen unserer Sozialpartnerschaft eigentlich wenige Streiks. Es ist immer so: Das Streikrecht ist für eine wirtschaftsoffene und soziale Gesellschaft elementar und wichtig, aber es sollte möglichst wenig angewandt werden. Das ist doch einfach so; das weiß jeder. Es ist der Kern unserer sozialpartnerschaftlichen Konstruktion, dass dadurch eben nicht dauernd gestreikt wird. Zurzeit sieht es allerdings etwas anders aus. Wenn nun auch kleine Gewerkschaften diese Macht an neuralgischen Punkten hemmungslos ausreizen, dann können wir echte Probleme bekommen.

Das sehen wir jetzt auch bei Demonstrationen. Ich dachte mir schon, dass das kommt, wenn man jetzt mit schwerem Gerät demonstriert, mit Traktoren, mit Lastwagen – am Schluss: Jeder hat ja ein Auto. Wenn wir alle immer mit schwerem Gerät demonstrieren und die Städte verstopfen und wenn das ein Ausmaß annimmt, dass das irgendwie die Regel wird, dann bekommen wir einfach ein Problem. Das muss man offen ansprechen. Wenn das alles bei Maß und Mitte bleibt, dann muss eine Gesellschaft das aushalten. Wenn man z. B. mit schwerem Gerät demonstriert, dann hat das nicht jeder. Wenn das ein vernünftiges Maß überschreitet, dann bekommt man einfach ein Problem. Deswegen ist die Sozialpartnerschaft, glaube ich, ein hohes Gut.

Herr Kollege Miller, Sie haben die Investitionsfähigkeit angesprochen. Ich meine, es ist jetzt einfach eine Aufgabe der praktischen Politik, das zu gewährleisten. Sie müssen einfach sehen: Da haben Parteien jetzt unterschiedliche Auffassungen, und das ist auch gut so; denn man sieht an vielen Fragen, dass die Parteien sich sehr markant voneinander unterscheiden. Das Gefühl, das von den Rechtspopulisten getriggert wird – das ist alles derselbe Laden –, entspricht natürlich überhaupt nicht den Tatsachen.

Ich will Ihnen einmal, aus dem Nähkästchen geplaudert, sagen: Im Kern brauchten wir für das Abstimmungsverhalten im Bundesrat dauernde Koalitionsverhandlungen zwischen den Grünen und der CDU. Wir sind da sehr oft völlig unterschiedlicher Meinung. Das zeigt, dass gar keine Rede davon sein kann, dass das alles irgendwie die gleiche Mischpoke ist. Aber das verschwindet natürlich immer mehr, wenn man glaubt, es gibt riesengroße Schrauben, an denen man nur drehen muss, und dann hätte man ein Problem gelöst. Demokratische Parteien der Mitte wissen, dass das nicht so ist. Vielmehr sind wir in einer komplexen Welt. Man muss immer an vielen Schrauben drehen

und kann meistens auch nicht sehr stark daran drehen – aus vielerlei Gründen –, sonst brechen die. Das ist das Problem.

Vorhin wurde auch gefragt, wie wir miteinander umgehen. Das ist kein einfacher Balanceakt. Einerseits müssen wir deutlich machen: Wir unterscheiden uns von anderen. Das ist ja der Sinn einer Konkurrenzdemokratie. Da muss man sein Profil schärfen. Dagegen ist nichts zu sagen. Wenn Sie sich einmal frühere Debatten zwischen Strauß und Wehner anschauen – die haben echt zugelangt. Allerdings leben wir in einer anderen Situation. Da hat es auf einmal eine andere Wirkung als zur damaligen Zeit, weil der Grundkonsens damals völlig unbestritten war, und das ist er heute nicht mehr. Dann muss man das viel stärker gewichten, wo man auf Differenz geht und wo man auf Konsens geht.

Das ist eine ganz entscheidende Frage, die sich jede Partei stellen muss. Ich gehöre natürlich zur Konsensfraktion. Das ist aber auch logisch; denn ich bin ja Regierungschef einer Koalition. Ich habe eine sehr lange politische Erfahrung, und wenn man diese hat und wenn man so lange in der Regierung ist, wie ich es bin, dann wird man mit jedem Jahr immer unideologischer und immer pragmatischer. Deshalb ist die Ministerpräsidentenkonferenz eine Konsensmaschine. Da sitzen lauter Leute, die Probleme lösen müssen. Das sind jetzt nicht die, die die parteipolitische Linie präferieren. Das ist Aufgabe des Bundestages, und darum beneiden uns viele Länder. Also würde ich es einmal so sagen: Der Bundestag ist sozusagen das Forum der scharfen Auseinandersetzung. Mit dem Bundesrat haben wir ein Gremium, das eher konsensorientiert ist und zusammenführt.

Wenn Sie noch einmal auf die Coronapandemie schauen – Sie haben dazu noch einmal Fragen gestellt –: Wir hatten 39 Konferenzen unter Kanzlerin Merkel – 39! Das heißt, das war ein ständiges Format, sich wirklich zu einigen.

Wir sollten also immer wieder miteinander darüber reden: Wo sind die Grenzen des tagespolitischen Kampfes, wo stehen wir zusammen, und wo gehen wir auf Profil und Abgrenzung? Ich glaube, es ist – das haben Sie richtig angesprochen, Herr Abg. Wahl – eine ganz wichtige Frage in der heutigen Zeit: Wer ist wirklich unser Gegner, und wer ist unser Feind?

Wir sehen das Problem in Bezug auf die Investitionstätigkeit. Ich bringe es jetzt immer noch einmal bei der EU vor, dass man auch die Stärken stärken sollte. Alles wird mit der Kohäsionspolitik verbunden. Wir bekommen dann – außer bei den IPCEI-Projekten – praktisch nirgendwo eine Unterstützung, weil man auf den Europäischen Binnenmarkt blickt. Wenn man den Blick in die USA und nach China richtet, dann muss jedem klar sein: Auch die Lokomotiven brauchen Strom. Sonst können sie mit dem Silicon Valley, mit Shenzhen, mit Singapur den Wettbewerb nicht bestehen. Das ist eine wichtige Frage. Wie man sieht, ist durch den IRA da etwas ins Rutschen gekommen.

Hinzu kommen natürlich selbstgemachte Probleme, z. B. die Überbürokratisierung – das gehen wir jetzt an, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken –, zu langsame Geschwindigkeit und vieles andere mehr. Der Bundeswirtschaftsminister hat ja auch gesagt, wir sind z. B. bei den Unternehmenssteuern nicht mehr wettbewerbsfähig. Da muss man einfach etwas machen; das machen wir ja gerade mit dem Wachstumschancengesetz, das im Vermittlungsausschuss ist.

Dann zu dem Thema Medienlandschaft, das ich angerissen habe: Ich wäre natürlich froh, wenn ich da jetzt schon eine Lösung hätte. Ich nenne Ihnen mal eine Überlegung. Aber das ist erst eine Überlegung, über die wir gerade beraten: ob wir dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht einen neuen Auftrag erteilen. Schauen Sie: Wenn jetzt irgendjemand eine Falschmeldung in den Netzen macht, setzt es sich in wenigen Stunden, oft Tagen fest. Bis da irgendjemand eine Gegenposition macht, hat sich das schon festgesetzt. Die Öffentlich-Rechtlichen sind Profis; die haben die Recherche, können darauf zurückgreifen und sind in der Lage, schnell zu reagieren. Es geht erst einmal immer um Tatsachenwahrheiten. Wir überlegen, ob wir die Öffentlich-Rechtlichen nicht beauftragen können, da einfach aktiv zu werden und selbst mit soliden Gegendarstellungen bei den Tatsachen reinzugehen, bevor sich etwas festsetzt. Ich glaube, das ist aber auch ein Auftrag an die demokratischen Parteien.

Sie müssen sehen: Alle großen Bewegungen, die im Protest entstanden sind, haben offensichtlich die neuen Medien besser genutzt als die alten. Luther mit der Reformation hat erst einmal den Buchdruck genutzt, und zwar sofort, und auf die deutsche Sprache bestanden, damit alle verstehen, was gesagt wird. Dann hat er sehr populäre Ideen gehabt, z. B. Kirchenlieder. Die waren ja die Erfindung von Luther. Das haben wir Katholiken dann erfreulicherweise übernommen. Heute brauchten wir eine Agentur dafür, um auf solch eine Idee zu kommen.

Negatives Beispiel: Hitler. Den Volksempfänger hat der sofort benutzt. Das Radio, das neue Instrument, hat er sofort massiv als Propagandainstrument genutzt. Und heute sehen wir – das sagen uns jedenfalls die Experten –, dass die rechtspopulistischen Parteien in den Medien viel präsenter sind als die „Altparteien“, die immer noch in den Pressespiegel schauen.

Wir, die Regierung, müssen zurückhaltend sein. Wir haben da enge Grenzen, die durch das Bundesverfassungsgericht gezogen wurden.

Das ist eine unreife Überlegung, die ich Ihnen aber einfach mal mitteilen will. Überlegen Sie doch einmal, ob das etwas Sinnvolles sein könnte.

Herr Kollege Wahl, Partikularisierung ist etwas anderes als eine Spaltung. Aber es ist natürlich auch schwierig, wenn sich eine Gesellschaft immer mehr fragmentiert; das ist klar – Stichwort Blasenbildung. Aber das wissen Sie ja alles.

Krisenprävention der Regierung: Wir machen jetzt z. B. groß angelegte Krisenübungen. Sogar die Schweiz beteiligt sich jetzt auf eigene Kosten daran. Also, das machen wir schon.

Wir warten natürlich auch auf Ihre Ergebnisse, und dann werden wir uns auch noch einmal systematisch damit befassen. Wir müssen allerdings sehen: Das war die erste Pandemie seit der Spanischen Grippe. Wir wissen da jetzt natürlich auch ganz anders Bescheid. Wir haben schon sehr viel gemacht, z. B. das Gesundheitsamt entsprechend aufgerüstet, sodass wir da sehr viel handlungsfähiger sind. Wir brauchen mehr Resilienz bei den medizinischen Materialien. Da sind wir dran.

Generell können Sie davon ausgehen, dass wir Instrumente wie interministerielle Arbeitsgruppen usw. haben. Wie Sie wissen, habe ich die strategischen Dialoge initiiert. Das sind Formate, um aus dem Silo herauszukommen und die Akteure zusammenzubringen.

Ich werde mir am Ende meiner Amtszeit – das ist ja nicht mehr weit weg – noch einmal das, was wir mit den strategischen Dialogen eingefädelt haben, überlegen: Wie müssen wir die Landesverwaltung, die nach dem alten Prinzip – da gibt es Ressorts, da gibt es Abteilungen, da gibt es Referate; das geht dann immer herauf und herunter mit den Unterschriftenlisten; ich meine, das sind Modelle, die aus völlig anderen Zeiten stammen – aufgebaut ist, reformieren? Da müssen wir uns grundsätzlich überlegen: Wie reformieren wir die Verwaltung in dieser Gesellschaft, wie wir sie heute haben? Da werde ich mir im letzten Jahr meiner Regierungszeit aufgrund meiner langen Erfahrung, aber auch unter Berücksichtigung der strategischen Dialoge überlegen, welche Vorschläge ich machen kann. Andere Regierungen wie die in Schweden experimentieren da schon freudig, indem sie z. B. die Regierung einfach in einem Haus zusammenlegen.

Man könnte sich beispielsweise vorstellen, dass jedes Ressort Zugriff auf jedes Referat der Landesregierung hat. Die Frage ist: Wie ist es dann mit der Verantwortung? Dann umgehen Sie ja den Abteilungsleiter. Das sind durchaus schwierige Fragen, die sich da stellen. Aber wir müssen dieses rein vertikale Operieren einfach durch horizontale Stränge verändern. Das ist jetzt einmal das, was ich mir überlege. Aber das werde ich erst am Ende meiner Amtszeit machen; denn am Ende der Amtszeit geht es in den Wahlkampf, und da werden wir nicht mehr so viel machen. Da hat man dann Zeit, solche Vorschläge zu machen.

Ich hoffe, dass ich das meiste wenigstens angetextet habe.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich glaube, das haben Sie. Aber es gibt ja auch noch die Möglichkeit, in der zweiten Runde Nachfragen zu stellen.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Eine Sache noch: Sie sehen es bei den Soforthilfen. Wir haben z. B. das Instrument der Steuererleichterung genutzt. Denken Sie an die Gastronomie. Wir müssen allerdings sehen: Wenn das dazu führt, dass wir das nachher nicht mehr zurückgeführt bekommen – die Debatte war sehr, sehr hart, was durchaus verständlich ist –, dann ruiniert man solch ein Instrument. Das bedarf deswegen einer sorgfältigen Überlegung.

Da bohren Sie schon an der richtigen Stelle: Wie müssen die Instrumente aussehen? Wir brauchen einen Konsens darüber, dass wir temporäre – ausdrücklich temporäre – Maßnahmen der Krise zurückführen können müssen. Wenn sich das aber alles einpreist, dann zerschlägt uns das die Instrumente. So ein großes Verständnis ich auch für die Gastronomie hatte, aber aus diesem metapolitischen Grund war ich demgegenüber ausgesprochen kritisch. Es kann in Krisen sehr wichtig sein, Steuern zu senken – temporär, auch drastisch.

Deswegen bin ich auf Ihre Vorschläge gespannt. Es ist sehr wichtig, dass wir Kriseninstrumente benennen. Dann müssen wir aber auch einen Konsens haben, dass sie nach der Krise wieder aufgehoben werden, es sei denn, wir einigen uns, dass das nicht der Fall ist, weil sich das bewährt hat, oder was auch immer. Ich bitte die Enquetekommission direkt darum, sich das Verhältnis von temporären Krisenmechanismen zu den allgemeinen Mechanismen und wie man das ein bisschen sortiert bekommt, zu überlegen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Dann folgt jetzt in der zweiten Runde als Erste Frau Abg. Dr. Kliche-Behnke für die SPD-Fraktion.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Danke, Herr Vorsitzender. – Herr Ministerpräsident, zwei kurze Anmerkungen zu Ihren Ausführungen:

Sie haben auf die Frage von Herrn Wahl, wie Sie es einschätzten, wie sich Herr Strobl zu den Vorkommnissen in Biberach verhalten hat, noch nicht viel gesagt. Das würde mich tatsächlich auch interessieren. Ich sage auch ehrlich: Ich war wirklich entsetzt, als ich in einem Video gesehen habe, dass unsere Bundesregierung an dieser Stelle sozusagen als Steigbügelhalter des Extremismus tituliert wird. Das finde ich schon sehr problematisch.

Volle Zustimmung zu Ihren Ausführungen zum Thema „Versäulung unserer Strukturen“. Das werden viele Menschen, glaube ich, mit Freude wahrnehmen, die an irgendwelchen Referatsgrenzen im Regierungspräsidium in der Abteilung I/3 gescheitert sind, weil irgendetwas in der Abteilung II/4 behandelt wird. Das ist etwas, was wir immer wieder erleben und was leider teilweise bei manchen Menschen das Bild von Staatlichkeit prägt.

Ich habe mich vor allem zu der Frage des Rückblicks auf die Coronapandemie gemeldet. In diesen Tagen jährt sich zum vierten Mal der Beginn der Pandemie. Man muss natürlich vor allem erst einmal feststellen, dass wir zu Beginn der Pandemie vieles nicht wussten: Wir wussten nichts über die Übertragungswege oder über die Wirkung mancher Schutzmaßnahmen; wir wussten nicht ausreichend, welche Wirkungen Schul- und Kitaschließung usw. haben werden.

Gleichwohl lagen weite Bereiche dieser Entscheidungen in landespolitischer Verantwortung. Wir haben jetzt, vier Jahre später, einen Blick auf diese Zeit. Deswegen würde ich an dieser Stelle gern noch mal ganz konkret nachfragen: Gibt es vielleicht die „Top-3-Lehren“, die Sie persönlich oder eben auch die Landesregierung an dieser Stelle ziehen, über die Sie sagen, die müssten wir für die Zukunft mitnehmen, da müssten wir in Zukunft dringend etwas anders machen, vielleicht, weil Fehler gemacht wurden?

Frau Krebs hat auch schon nachgefragt. Wenn die Enquetekommission über mehrere Jahre zusammensitzt und diese Fragen behandelt und es am Ende in Handlungsempfehlungen gießen, wäre es für mich auch noch wichtig, nachzufragen: Welche Verbindlichkeit hat für Sie das – natürlich ist jetzt noch nicht klar, was da schwarz auf weiß stehen wird –, was die Enquetekommission diskutiert und an Vorschlägen unterbreiten wird? Wo sehen Sie eine Möglichkeit, das dann auch wirklich real in den Politikbetrieb einzubinden?

Marco Krüger und ich hatten gestern das Vergnügen, an einer vom SWR organisierten Podiumsdiskussion im Landestheater in Tübingen teilzunehmen. Da ging es um die Coronapandemie und um die Konsequenzen, die daraus gezogen werden. Wir saßen mindestens 250 Menschen gegenüber, die überwiegend Impfgegnerinnen und Impfgegner sind – das können sich, glaube ich, viele vorstellen –, darunter auch viele Verschwörungstheoretikerinnen und -theoretiker. Da konnten wir das, was Sie ausgeführt haben, einmal hautnah erleben, wie es ist, wenn sich Menschen auf ganz andere Informationsquellen beziehen als wir, keine Quellenkritik üben und vor allem auch einen völlig anderen Blick auf Staatlichkeit haben. Es ist, glaube ich, ein bisschen der Kern, der da auch deutlich wurde: dass in vielen Bereichen angezweifelt wird, dass ein Staat überhaupt das Recht hat, manche Dinge zu entscheiden und durchzugreifen. Mir wurde bei vielen Rückmeldungen klar, dass man überhaupt nicht das Recht aufseiten von Regierungen sieht, solche Entscheidungen zu treffen, wie sie während der Coronapandemie getroffen wurden.

Ich glaube, wir werden hier hinsichtlich vieler Punkten, die dort gestern angesprochen wurden, eine große Einigkeit haben. Aber es gibt einen Punkt, den ich heute gern vortragen und auf den ich Sie ansprechen möchte. Es gab die Möglichkeit, dass sich verschiedene Teilnehmer nach vorn setzen und mit uns diskutieren konnten. Da gab es einen Mann, mit dem bzw. mit dessen Selbsthilfegruppe ich schon im Vorfeld Kontakt hatte. Der Selbsthilfegruppe gehören Menschen an, die seit einer Impfung schwer beeinträchtigt sind. Und wie es nun einmal so ist: Diese Menschen haben natürlich in

weiten Teilen keine anerkannten Impfschäden, aber es wurde wirklich glaubhaft dargestellt, wie stark sie gesundheitlich eingeschränkt sind und dass sie in Teilen ihrer Arbeit nicht mehr nachgehen können. Ich habe mir die Zahl einmal angeschaut: Mehr als 5 000 Verfahren sind immer noch in Bearbeitung, wenn es um die Frage der Anerkennung von Impfschäden geht.

Mir wurde klar, dass diese Menschen, die durch Impfungen wirklich stark beeinträchtigt sind – ich kann es natürlich nicht überprüfen, aber ich halte das, was sie schildern, für sehr glaubwürdig –, im politischen Raum das Gefühl haben, dass die Parteien, die sie vielleicht klassischerweise immer gewählt haben und die auch hier vertreten sind, mit dem Thema Post-Vac möglichst wenig zu tun haben möchten. Diese Menschen sehen, dass beispielsweise in Parlamenten zu diesem Thema nur Anträge von der AfD kommen. Das gibt mir zu denken. Ich sehe auch, dass es eine Aufgabe vor allem der Parteien, die die Coronapolitik getragen haben, ist, jetzt auch für solche Menschen, die natürlich in der absoluten Minderheit sind, die aber Nachwirkungen und Auswirkungen der Impfungen haben, Sorge zu tragen.

Deswegen würde mich interessieren: Sieht Ihre Landesregierung die Möglichkeit, da in irgendeiner Form Einfluss zu nehmen oder zu überlegen, vielleicht auch im Bereich der Forschung – denn für diese Bereiche gibt es derzeit noch nicht sehr viel –, deutlich mehr Forschungsmittel im Bereich von Long Covid zur Verfügung zu stellen, was dringend erforderlich ist? Sehen Sie Möglichkeiten, etwas für diese zwar kleine Gruppe, aber doch eine Gruppe, die mit Corona zusammenhängt, zu tun?

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben einen Teil Ihrer Ausführungen auf die Themen „Künstliche Intelligenz“ und „Wandel der Medienlandschaft“ verwendet. Das finde ich gut; denn ich glaube, dass das eine sehr bedenkliche Entwicklung ist.

Auch vor dem Hintergrund, dass die Enquetekommission Handlungsempfehlungen entwickeln soll, stellt sich mir die Frage, wie Ihre Einschätzung ist, wie wir insbesondere die klassischen Medien von staatlicher Seite eventuell dabei unterstützen können, was wegen der Neutralität und anderem natürlich schwierig ist. Aber vielleicht haben Sie dazu ja einen Gedanken, den Sie mit uns teilen möchten. Das ist ein Thema, das mich sehr beschäftigt. Wie Sie ja auch dargestellt haben, kann momentan im Prinzip jeder mit relativ hoher Reichweite irgendetwas verbreiten, was dann gegebenenfalls völlig unreflektiert geteilt wird. Darauf muss man ja insbesondere in Krisenzeiten irgendwie reagieren, in denen Falschinformationen extrem gefährlich sind.

Eine Schlussfolgerung könnte z. B. sein, dass man sich staatlicherseits selbst darum bemüht, beispielsweise verstärkt bei sozialen Medien einzusteigen, oder die klassischen Medien beispielsweise in Form irgendeiner neutral ausgestalteten Stiftung, die das fördert, zu stärken. Da gibt es verschiedenste Ideen. Dazu würde mich Ihre Einschätzung interessieren.

Auf der anderen Seite steht das Thema „Vorgehen gegen Desinformation im Netz“. Das findet zum Teil sehr organisiert statt, und das sind nicht nur irgendwelche Leute, die einfach irgendwelchen Blödsinn erzählen, sondern das ist ja teilweise mit Hintergrund, teilweise aus dem Ausland gesteuert. Das ist aus meiner Sicht ein ganz zentraler Bestandteil staatlicher Cybersicherheitspolitik. Da würde mich auch interessieren, wie Sie das einschätzen. Was kann man da tun? Was sollte man vielleicht noch mehr tun?

Abschließend möchte ich noch Ihre Einschätzung erfragen, wie Sie meinen, dass wir vor dem Hintergrund des demografischen Wandels auch in der Verwaltung, wo künftig vermutlich weniger der vorhandenen Stellen besetzt werden können, adäquat darauf reagieren könnten, um sicherzustellen, dass in Zukunft der Arbeitsanfall, der ohnehin stattfindet, besser oder zumindest gleichbleibend bewältigt werden kann, obwohl weniger Personal da ist. Wie können wir uns vor allem in Krisenzeiten die Agilität und Dynamik bewahren, um schnell auf sich verändernde Dinge reagieren zu können?

Denn im Wesentlichen ist in jeder Krise in irgendeiner Form der Staat gefragt, darauf zu reagieren, und darauf muss natürlich auch die Verwaltung schnell und auch flexibel reagieren können. Ich sehe es bedauerlicherweise nicht immer, dass wir diese Fähigkeiten haben. Aus meiner Sicht ist diesbezüglich ein dauerhafter Wandel notwendig, um den man sich kümmern muss. Mich würde auch Ihre Empfehlung interessieren, was man da staatlicherseits machen sollte bzw. was der Landtag empfehlen sollte.

Abg. Erwin Köhler GRÜNE: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, auch ich habe mir zu Ihren Ausführungen und auch zu den Fragen der Vorrednerinnen und Vorredner weitere Gedanken gemacht. Zu Beginn Ihres Statements haben Sie über Medienläien und Demonstrationen gesprochen. Das hat mich sehr gefreut – das möchte ich für meine Fraktion sagen –, weil wir tatsächlich versuchen, mit dem Titel dieser Enquetekommission, „Krisenfeste Gesellschaft“, sozusagen am aktuellen Nabel der Zeit zu sein und vorausschauend in das politische Handeln hineinzuwirken, auch in den kommenden Haushalten und darüber hinaus. Das ist uns sehr wichtig.

Am Ende Ihrer Ausführungen hatten Sie sozusagen als Nachtrag gesagt, dass wir das ein wenig aufgliedern müssen, was temporäre Maßnahmen sind und was wie und wann funktionieren muss. Da möchte ich einfach das Credo erwidern, und vielleicht können Sie es ja wiederum erwidern, wenn Sie gleich die Fragen beantworten. Die Krisenmechanismen fangen für uns eigentlich schon mit dem Stichwort Resilienz an, das wir zu Beginn der Arbeit der Kommission ausdefiniert haben, also bevor die Krise eintritt, damit wir zu Beginn schon gut darauf reagieren können. Wie die Anhörungen gezeigt haben, ist das ausgesprochen wichtig. Es liegt natürlich an meinen eigenen politischen Schwerpunkten, dass ich Beteiligung – wir machen viele Beteiligungsprozesse in Baden-Württemberg –, vor allem auch von Kindern und Jugendlichen, als sehr wichtig ansehe. Verschiedene Grundlagen – auch die in Baden-Württemberg durchgeführte KIM- und JIM-Studien zum Mediennutzungsverhalten von Kindern und Jugendlichen – zeigen uns, dass nicht nur Erwachsene ihre Informationen nicht mehr

aus der „Tagesschau“ im weitesten Sinn beziehen, sondern dass das Ganze vielleicht auch schon früher losgeht. Ich glaube, da kommen die Stichworte Medienbildung und Schule, aber eben auch Beteiligungsprozesse zusammen; denn es geht nicht nur um das politische Ausrichten eines Menschen, wenn er aufwächst, sondern, glaube ich, um Demokratieverständnis und eben auch Verdruss.

Wie kann man diesem Verdruss entgegenwirken? Indem man Demokratie erlebbar macht. Wir haben das Wahlrecht reformiert. Aber mir geht es, wie gesagt, nicht nur um das institutionelle Wählen gehen oder Gewählt werden, sondern um gemeinsame Prozesse der Beteiligung. Das bedeutet auch, dass wir Vorschläge in den Handlungsempfehlungen machen werden, gegebenenfalls das Bürgerbeteiligungsportal auch auf Jugendliche auszurichten, und zwar mit verständlichen und kommunikativen Punkten. Da wir das vorschlagen werden, wird es auf uns zukommen, und dazu interessiert mich Ihre Meinung.

Sie haben etwas zur digitalen Welt und dazu, wie Desinformation arbeitet, gesagt. Der Kollege Karrais hat ebenfalls etwas dazu gesagt. Auch in Anhörungen haben wir darüber gesprochen. Mich interessiert, wie Sie es einschätzen, wenn in der digitalen Welt, also sozusagen beim Populismus, Falschinformationen und echte Informationen aufeinandertreffen. Das passiert zwar jetzt gerade auf Demonstrationen, wobei sich die verschiedenen Lager eher selten begegnen – außer beispielsweise in Biberach, wo das geschehen ist –, aber spätestens an der Wahlurne passiert es. Was meinen Sie, was uns da auf dem Weg noch erwartet? Wie können wir politischen Akteure da gemeinsam gut handeln und verlässlich sein?

Einen Punkt hätte ich noch, der noch einmal das Thema Beteiligung betrifft. In der Replik hinsichtlich der Maßnahmen während der Pandemie haben Sie erwähnt, dass sich Kultusministerium und Sozialministerium uneins waren, was z. B. die Schulschließungen anbelangt. Ich weiß auch, dass sich die Ministerien im Kulturbereich uneins waren. Das ist ja okay. Aber bei der Kultur und bei dem Sozialen wurden die Kulturschaffenden beispielsweise auch gefragt, wie das für sie ist. Bei den Schulschließungen konnten die Schülerinnen und Schüler nicht gefragt werden, wie das für sie ist. Das wollen wir verbessern. Deswegen: Mehr Beteiligungsformate, die fest installiert sind und die ohne Krise gut funktionieren, damit sie in einer Krise gut funktionieren. Dazu wüsste ich gern Ihre Meinung.

Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben heute in Ihrer Rede wieder dieses wunderbare Zitat von Herrn Drost verwendet: „There is no glory in prevention.“ Das hat mich an unsere letzte Aussprache hier im Juni letzten Jahres erinnert. In dieser Aussprache hatten Sie sehr auf Risikokultur abgestellt und – das fand ich in der Direktheit und Klarheit ausgesprochen treffend – ausgeführt:

... Risiko heißt, es kann auch falsch sein. Sonst macht das Wort Risiko keinen Sinn.

Sie hatten dann zum Thema Risiko weiter ausgeführt, dass das Thema Risikokultur immer nur top-down kommen kann, dass die Risikokultur also tatsächlich von oben gestützt werden muss. Ich hatte Sie damals gefragt, was die Landesregierung denn tun kann, um top-down die Risikokultur in der Verwaltung zu stärken. Sie haben daraufhin das sehr praxisorientierte Beispiel vom sehr risikobewussten, sehr risikoorientierten, sehr handlungsorientierten Vorgehen von Bundesminister Dr. Habeck in der Gaskrise angeführt und haben es folgendermaßen eingeschätzt: Das war risikobewusst, auch Risiko eingehend und handlungsorientiert und der Situation auch angemessen. Dem würde ich gar nicht widersprechen wollen.

Allerdings sind Ihre Ausführungen in Bezug auf Risikokultur bei mir echt hängengeblieben, und sie treiben mich auch immer noch um. Daher möchte ich Sie noch einmal fragen: Was kann denn die Landesregierung tun, um strukturell und kulturell die Risikobereitschaft in der Landesverwaltung top-down zu stärken?

Thomas Albiez, externes Mitglied: Vielen Dank, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, für Ihre Ausführungen und Ihre Beurteilung der Lage, der ich wirklich voll zustimme.

Ich habe vier Fragen zu Punkten, bei denen mich Ihre Einschätzung interessieren würde.

Ich glaube, der beste Schutz vor Fake News und vor Extrempositionen ist Wissen und Bildung. Wir haben gerade eine PISA-Studie und deren Ergebnisse zur Kenntnis genommen, die einmal mehr belegt, dass wir offensichtlich ein Problem haben. Wir vonseiten der Wirtschaft sprechen es schon lange an, dass wir viele Jugendliche in den Betrieben ausbilden, die tatsächlich Probleme haben, über ein Grundwissen zu verfügen, das notwendig ist, um sich die Welt vorurteilsfrei erschließen zu können.

Ich komme zu einem zweiten Punkt, der mich umtreibt, seitdem ich in der Enquetekommission mitarbeite. Wenn wir vor ca. 20 Jahren ausländische Investoren zu den Wettbewerbsvorteilen Deutschlands und auch Baden-Württembergs befragt haben, haben wieder immer gehört, dass man wegen der Rechtssicherheit gern zu uns kommt. Die Rechtssicherheit ist heute einer undurchdringlichen Bürokratie und – Sie hatten es auch angesprochen – sogar dem Thema Misstrauen gewichen. Das heißt, aus einem Standortvorteil ist im Moment ein Standorthandicap geworden.

Drittens haben wir festgestellt – da kann ich Ihnen auch nur zustimmen –, dass wir in Baden-Württemberg eine ganz starke Mitte haben. Wir haben hier in dieser Enquetekommission so außergewöhnliche Persönlichkeiten gesehen und gehört, die in gesellschaftlichen, in wirtschaftlichen und in allen möglichen Bereichen tätig sind, und diese Menschen erwarten von uns gar nicht viel. Sie erwarten eigentlich Freiraum für ihr Handeln und eine Stärkung der Mitte. Deren Eindruck besteht, glaube ich, sehr häufig darin, dass man zu viel Zeit auf das Beachten der Ränder der Gesellschaft verwendet und der Mitte zu wenig Beachtung schenkt. Demokratie zeichnet sich eigentlich dadurch aus, dass sie Politik für die Mitte macht und den Rändern hilft, in die Mitte zu

kommen. Der Eindruck auch bei uns im Mittelstand ist einfach der, dass man sagt, ein Großteil der Energie gehe für Debatten für die Ränder – was auch immer Ränder sind – und zu wenig für die Stärkung der Mitte drauf. Die Mitte ist vielleicht sogar noch der einzige Empfänger unserer Fachbotschaften, weil sie noch klassischen Medienkonsum ausübt, wo Seriositätsmedien noch ankommen. Sie zu verlieren, scheint mir schwierig zu sein.

Ich komme zum vierten und letzten Punkt. Meine Sorge wäre, dass die Enquetekommission einen Katalog mit 20, 30, 50 oder 100 Einzelmaßnahmen vorlegt. Ich glaube, wir brauchen nicht noch mehr Aktionen und Aktivitäten, sondern wir brauchen eine Reduzierung auf ein paar fokussierte, wesentliche Themen, und die gilt es abzuarbeiten, anstatt immer wieder neue Förderprogramme und dergleichen mehr aufzulegen, damit die Menschen vielleicht auch wieder leichter Orientierung bekommen als in immer neuen Publikationen, wo wieder neue Themen angekündigt werden. Ich glaube, das wühlt auf.

Die Themen sind also PISA, Rechtssicherheit, starke Mitte und Konzentration auf das Wesentliche.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich habe auch noch eine Frage, die sich für mich während Ihres Statements ergeben hat, Herr Ministerpräsident. Sie hatten die Ministerpräsidentenkonferenz als eine Konsensmaschine bezeichnet, und zwar in Bezug darauf, dass man sich einigen muss, wenn man Regierungsverantwortung trägt.

Allerdings gibt es auch Einstimmigkeitsprinzipien, z. B. in der Kultusministerkonferenz. Das wird häufig – zuletzt jetzt auch von der Kultusministerin aus Schleswig-Holstein – als das Einigen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner wahrgenommen; es ist also nicht auf die größtmögliche Freiheit oder den größtmöglichen Fortschritt ausgerichtet. Mich würde interessieren, wie Sie dazu stehen, ob man solche Einstimmigkeitsprinzipien, die sich ja durchaus auch bewährt haben – sie sind nicht per se falsch –, in Krisenzeiten möglicherweise mit allen Konsequenzen lockern muss. Sie hatten den öffentlich-rechtlichen Rundfunk erwähnt. In diesem Bereich haben einige Bundesländer untereinander Staatsverträge geschlossen, die ebenfalls auf Einstimmigkeitsprinzipien basieren. Weil das ein sehr weitreichender Eingriff in die Fragestellung des Föderalismus wäre, würde mich interessieren, wie Sie dazu stehen.

Sie haben jetzt die Möglichkeit, zu antworten, und dann schauen wir, welche Fragen noch offen sind.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ich fange jetzt einfach mal von hinten an.

Das Einstimmigkeitsprinzip gilt in Organen, die keine Verfassungsorgane sind. Die Ministerpräsidentenkonferenz steht nirgendwo in der Verfassung. Das ist kein Verfassungsorgan, hat aber einen großen Einfluss. Sie müssen sehen: Woher kommt

überhaupt die Legitimation der Verfassungsorgane? Sie kommt natürlich konstruiert daher: In der Ministerpräsidentenkonferenz – erst recht, wenn wir sie dann auch noch zusammen mit dem Kanzler machen – sitzen ja die Entscheider, die alle eine Richtlinienkompetenz in ihrer Verfassung haben. Aber da es ebenso wie die Ministerkonferenzen kein Verfassungsorgan ist, geht es dort nach dem Einstimmigkeitsprinzip. Das stimmt zwar nicht ganz nach der Geschäftsordnung, aber wir halten uns in aller Regel daran. Wenn man dagegen ist, dann gibt man in der Regel eine Protokollerklärung ab, dass man anderer Ansicht ist, stimmt aber nicht dagegen, um das dann nicht zu blockieren. Ich glaube, das ist bei Nichtverfassungsorganen auch richtig.

Wo wir ein Problem damit haben, ist in der Europäischen Union. In wichtigen Fragen gilt dort das Einstimmigkeitsprinzip. Wenn man sich vorstellt, dass vielleicht noch zehn Länder hinzukommen, dann stellt es die Funktionsfähigkeit ganz einfach infrage. Aber etwas anderes durchzusetzen, ist wirklich schwierig; denn ansonsten gilt ja das Mehrheitsprinzip bzw. das Prinzip der qualifizierten Mehrheit. Wir haben gerade die Debatte mit dem Bundesverfassungsgericht. Die wichtigen Fragen sind nur einfachgesetzlich geregelt, und nun es gibt die Bestrebung, z. B. die Zweidrittelmehrheit in den Verfassungsorganen über die Begrenzung ihrer Amtsperiode in der Verfassung festzuschreiben.

Ich meine, die Kultusministerkonferenz ist schon dabei, entsprechende Reformüberlegungen anzustellen, zumal der Vorsitz jedes Jahr wechselt. Bis der sich eingearbeitet hat, sitzt der Konferenz schon wieder ein anderer vor. Beim Bundesrat ist es ähnlich. Das ist zwar nicht von Relevanz, aber solche Überlegungen machen sie sich schon. Es wäre vielleicht ein mittlerer Weg, die Amtsdauer des Vorsitzenden der Kultusministerkonferenz auf mehrere Jahre zu erweitern. Die Kultusministerkonferenz ist für uns Länder die wichtigste Konferenz. Da sich der Bund sonst immer einmischt, müssen wir bestimmte Dinge selbst regeln. Vielleicht könnte man das über einen mehrjährigen Vorsitz entschärfen. Ich glaube, das wäre ein erster Schritt, um das zu verbessern.

Zu den Staatsverträgen: Bei denen hat es bisher einigermaßen geklappt; derzeit liegen auch Vorschläge von Kommissionen vor, mit denen ich mich leider erst cursorisch habe beschäftigen können. Das muss ich noch machen. Auf die Frage, welche konstitutionellen Konsequenzen wir daraus ziehen, kann ich Ihnen jetzt noch keine Antwort geben.

Herr Albiez, damit komme ich zu den Fragen, die Sie gestellt haben: Heute findet eine erste Besprechung zum Bildungskonsens statt. Es zeichnet sich ab, dass G 9 wahrscheinlich wieder kommen wird. Ich bin der Meinung, diese Frage, was wahr ist – ich meine jetzt immer Tatsachenwahrheiten, nicht Meinungen –, wird eine ganz neue Aufgabe. Sie müssen sehen: Fälschungen gab es schon immer. Beispielsweise ist die sogenannte konstantinische Schenkung an die Kirche eine eindeutige Fälschung. Da hatten sie damals wirklich Skriptoren, die das raffiniert gemacht haben.

Jetzt nimmt es aber systematische Formen an. Jetzt kann jeder problemlos ein Bild verändern. Ich glaube, wir brauchen ein neues Fach, das ich einmal „Informatik“ nenne, das sich damit beschäftigt, dass Programmieren möglicherweise die Sprache der Zukunft ist, bis hin zu der Frage, wie man damit umgeht, wie man überhaupt eine falsche von einer richtigen Nachricht unterscheiden kann und auf welche Quellen man sich dabei stützen muss. Wenn wir in die Situation kommen, dass nur noch Spezialisten feststellen können, ob irgendein Bild echt ist, dann ist das eine echte Herausforderung.

Ich glaube, ich könnte jeden Monat ein neues Fach machen. Immer, wenn es ein Problem gibt, kommt jemand zu mir und sagt: Das muss jetzt in der Schule gemacht werden. Das geht natürlich nicht. Aber ich glaube, das ist wirklich ein Punkt. Die Frage ist allerdings: Was streicht man dann? Ich habe einmal gesagt, Rechtschreibung ist nicht mehr so wichtig. Da bekam ich einen Entrüstungssturm des Bildungsbürgertums. Dann habe ich mal leise infrage gestellt, ob die zweite Fremdsprache benötigt wird, wenn wir einen Knopf im Ohr haben, der uns jede Sprache simultan übersetzt. Das war ja furchtbar.

Aber ich will Ihnen sagen: Wir können nicht immer nur draufpacken. Also hält man an dem Kanon fest. Das Bildungsbürgertum schreit Zeter und Mordio, wenn man da an irgendetwas auch nur rüttelt. Wenn man sagt, dass dauernd neue Aufgaben kommen, dann kann das nicht funktionieren. Das heißt, wir müssen den Kanon dann auch neu konzipieren und festlegen, was wünschenswert ist, was elementar wichtig ist, was eine Pflicht und was eine Kür ist, sonst geht es nicht. Irgendwann müssen die Kinder auch noch nach Hause kommen.

Das ist also ohne Frage ganz elementar. Aber die Grundkenntnisse, die Sie angesprochen haben, gehen wir nun sehr beherzt mit Paketen für die Grundschulen und die frühkindliche Bildung an.

Damit komme ich zum Thema Rechtssicherheit. Dafür ist Bürokratie notwendig. Vielleicht müssen wir erst einmal eine antizyklische Debatte zu dem Thema „Wir beginnen Debatten über den Bürokratieabbau erst einmal damit, dass wir sie loben und sagen, eine funktionierende Bürokratie schafft Rechtssicherheit. Ohne Regeln kann keine Gesellschaft funktionieren“ führen. Allerdings stellen sich dann die Fragen: Sind es die Richtigen? Sind es zu viele? Sind sie zu dicht? Sind sie zu tief? Das sind die Fragen, um die es geht.

Wir sind überreguliert; das ist gar keine Frage. Darüber sind wir uns alle einig, und das sagt man seit Jahrzehnten. Das hat schon Helmut Kohl gesagt. Wir kämpfen auch gegen die Bürokratie. Allerdings besteht der Erfolg bereits darin, dass wir nicht noch mehr Bürokratie schaffen, als wir sie ohnehin schon haben. Allein dieser Kampf kostet viel Kraft und Energie. Das wird aber nicht mehr genügen. Wir werden auch in den Verwaltungen das nötige Personal nicht haben, um so filigran weiterzuregieren, wie wir es bisher gemacht haben. Das wird nicht mehr gehen. Wir werden das Personal

nicht mehr haben. Deswegen müssen wir da jetzt nun wirklich mal ran. Daran wird kein Weg vorbeiführen.

Aber Bürokratie hat Gründe. Ich nenne einmal zwei: Sicherheitsdenken. Das ist unheimlich verbreitet. Wir leben zwar wahrscheinlich in der sichersten Region der Welt. Trotzdem wollen die Leute immer mehr Sicherheit. Wenn man alles absichern will, dann führt das einfach zu Bürokratie. Das Sicherheitsdenken, also das Gegenteil von Risikodenken, führt zu Bürokratie.

Zweitens: Einzelfallgerechtigkeit. Es gibt mittlerweile 1,7 Millionen Einsprüche gegen die Grundsteuer, obwohl sie noch gar nicht fertig ist. Das ist genau der Punkt: Wenn jeder glaubt, die Grundsteuer muss so sein, dass es für ihn persönlich und für sein Geraffel, das er hat, passt, dann geht das einfach in die Breite, und dann haben Sie zum Schluss solche breiten Gesetze, wie es in unserer Steuergesetzgebung der Fall ist. Also muss man davon Abstand nehmen. Das Extremste ist natürlich eine Flatrate. Das schafft aber wieder Ungerechtigkeit. Das müssen Sie einfach sehen. Und da gibt es noch sehr viele andere Gründe.

Wenn wir da nicht herangehen, dann wird sich nichts ändern. Das heißt, den Bürokratieabbau – das sage ich Ihnen – werden die Bürger einmal merken; denn auf einmal sind Sachen nicht mehr geregelt. Dann können sie nicht mehr fragen: Warum habt ihr das und das nicht gemacht?

Jetzt schauen Sie sich einmal die Debatte an, die wir darüber geführt haben, wir hätten die Fastnacht überreguliert und das behindere die ganzen Vereine. Wenn jetzt ein Wagen abfackelt, ist die Diskussion über die Liberalisierung der Regeln sofort vom Tisch. Die Medizinprodukteverordnung der EU ist ein bürokratisches Monster. Das haut wirklich ganze Mittelständler aus dem Markt. Wie ist es entstanden? Durch den Silikonbrustimplantat-Skandal in Frankreich. Dann rollt die Regulierungsmaschine los, und immer, wenn irgendetwas passiert, stehen bei mir alle Journalisten auf der Matte und fragen: Was machen Sie jetzt?

Ich will nur einmal sagen – das ist auch eine Aufgabe der Abgeordneten bzw. des Parlaments –: Wenn wir nicht auch eine Debatte darüber führen, welches die Gründe dafür sind – es gibt natürlich auch Gründe in der Bürokratie selbst, und die gehen wir an –, dann werden wir da keinen Erfolg haben. Da muss sich also etwas ändern. Wir können so nicht weitermachen.

Das ist ja auch ein Streit in der politischen Arena. Die Grundlage von Politik ist Pluralität, aber ihr Sinn ist Freiheit. Daran muss man ab und zu schon mal erinnern. In einem freien Gemeinwesen müssen Menschen auch selbst Verantwortung übernehmen. Das kann nicht alles der Staat regeln. Das ist gerade in der Krisendebatte, glaube ich, sehr wichtig.

Die dritte Frage betraf die Einzelmaßnahmen in Bezug auf die Förderprogramme. Das sind einfach die Gründe für die Bürokratie. Ich habe eine Bitte an die Industrie und an die Wirtschaft bzw. an die Kommunen. Wir haben die Entlastungsallianz gebildet und werden jetzt ein Portal schaffen, in das wir alle 14 Tage oder jede Woche einstellen, was wir gemacht haben. Denn alle denken, wir machen nichts. Das ist aber nicht der Fall. Wir machen etwas, und dann kann sich das jeder anschauen. Ob das jetzt viel wirkt und ob sich das jemand anschaut, weiß ich natürlich nicht.

Ich hoffe, dass ich damit Ihre Fragen beantwortet habe.

Herr Dr. Müller, der Chef der Staatskanzlei hat jetzt zusammen mit den Häusern ein Programm zur Modernisierung der Verwaltung aufgelegt. Das können Sie sich gern anschauen oder es gern auch mal mit ihm besprechen. Erst einmal geht es um eine Kultur. Auch das ist Sicherheitsdenken. Was hat ein Sachbearbeiter davon, wenn er ins Risiko geht? Dann bekommt er nachher eins auf den Deckel, wenn das nicht hin- haut. Darum sage ich, dass das nur top-down geht. Wir brauchen also eine andere Fehlerkultur. Beispielsweise hat auf der letzten Personalversammlung, die ich in meinem Haus hatte, der Amtschef – ich bin nicht der Chef meines Hauses; darum heißt er ja Chef der Staatskanzlei – gesagt: „Schluss mit dem Perfektionismus!“ Es ist ganz wichtig, zu sagen: „Das ist jetzt zwar nur 80-prozentig, aber das genügt, und das machen wir.“ Sonst brauchen wir noch drei Jahre.

Also: Weg vom Perfektionismus! Das ist ganz wichtig. Das ist eine Kultur, die Sie in der deutschen Verwaltung erst einmal durchgesetzt bekommen müssen. Wie gesagt, ist es unsere Stärke, dass wir ein Rechtsstaat sind, der funktioniert. Ja, aber wenn man bis ins Letzte geht, dauert es alles ewig. Da brauchen Sie selbst für einfache Dinge Jahre. Das können Sie sich anschauen. Das ist jetzt in erster Linie der Versuch eines Kulturwandels.

Dazu gehört natürlich auch, dass man sagt: „Fehler sind erlaubt. Geht mal ins Risiko, und ihr werden nicht eingetütet, wenn ihr Fehler macht.“ Natürlich darf man nicht dauernd denselben Fehler wiederholen; das ist klar. Das ist also eine Kulturfrage, die wir angehen. Das macht schwerpunktmäßig der Chef der Staatskanzlei, während ich mich jetzt mehr um den Bürokratieabbau über die Entlastungsallianz kümmere. Aber auch die Verwaltung zu modernisieren und zu digitalisieren, macht der Chef der Staatskanzlei.

Herr Kollege Köhler, man muss sehen: Resilienz ist ein ganz neues Wort. Das gibt es eigentlich erst seit fünf Jahren. Man sieht, dass da ein ganz neuer Gedanke in die Debatte hineingekommen ist.

Jetzt muss man einfach Folgendes sehen: Wenn wir z. B. bei den Lieferketten, bei Rohstoffen und bei Medizinprodukten mehr Resilienz wollen, dann hat das seinen Preis. Warum hat man irgendwelche Fiebersäfte in China herstellen lassen? Weil es dann billiger ist. Und wenn man das nicht mehr macht, wird es teurer; da müssen wir

uns nichts vormachen. Dann müssen wir dafür sorgen, dass wir selbst wieder Produktivitätsfortschritte erzeugen, damit wir das hinbekommen.

Das hat also seinen Preis. Wenn man von einer internationalen Arbeitsteilung in dem Sinn, dass Dinge dort produziert werden, wo sie in der internationalen Arena am preiswertesten produziert werden können, Abstand nimmt, ist es etwas anderes, als wenn man auch auf Resilienz als zusätzlichen Faktor achtet. Das muss jedem klar sein.

Was die Medienfrage angeht, so sind es nicht nur Einzelne, sondern das machen auch Staaten organisiert mit ihren Bots. Das gehört dazu. Dem müssen wir uns einfach widmen. Wir haben uns sehr früh der Cyberkriminalität gewidmet. Ich hatte erst gestern ein ganz wichtiges Gespräch, in dem es um den Ipa in Heilbronn und darum ging, wie wir diesbezüglich einen zusätzlichen Schwerpunkt schaffen. Das wird zuweilen von unseren Mittelständlern noch oft unterschätzt. Das ist eines der größten Probleme. Laut einer Umfrage in einer Wirtschaftszeitung verursacht die Cyberkriminalität vor allen anderen Faktoren, über die wir ansonsten so gern debattieren, mittlerweile den größten Kostenfaktor. Dem müssen wir also viel mehr Raum einräumen, und darum bemühen wir uns.

Die Beteiligungskultur stellt eine Möglichkeit dar, den Fake News und all den anderen Dingen entgegenzuwirken. Allerdings erreichen Sie damit zunächst einmal deutlich weniger Menschen. Deshalb muss man die Beteiligungskultur ausrollen. Das geschieht jetzt. Wir haben eine Servicestelle für die Kommunen eingerichtet, die sie auch beherzt nutzen. Das ist eine ganz wichtige Maßnahme, um dem entgegenzuwirken.

Dass das Kultusministerium und das Sozialministerium unterschiedliche Auffassungen zu Corona haben, kann doch niemanden verwundern. Diese unterschiedlichen Sichtweisen, dass das Kultusministerium erst einmal darauf pocht, dass die Kinder in die Schule müssen, während der Sozialminister mit Blick auf die Gesundheit darauf pocht, dass sich die Menschen nicht anstecken, sind zu begrüßen. Es ist doch gut, dass das aus unterschiedlichen Blickwinkel betrachtet wird.

Ich nenne Ihnen einmal ein Beispiel dafür, was ich anders machen würde. Ich habe zusammen mit dem Kollegen Söder in einer überregionalen Zeitung ein Plädoyer für die Impfpflicht abgegeben. Das würde ich jetzt nicht mehr machen. Warum? Nicht, weil ich gegen eine Impfpflicht bin, sondern weil es innerhalb weniger Wochen neue Varianten gab. Das heißt, der Impfstoff hätte gar nicht im erforderlichen Maß gewirkt. Sie können doch keine Impfpflicht mit einem Impfstoff machen, der gar nicht halten kann, was er verspricht.

Deswegen würde ich daraus folgende Lehre ziehen: Eine Impfpflicht hat eine hohe Hürde. Eine Impfpflicht besteht z. B. bei Masern. Jemand, der Masern hat, kann eine ganze Schulklasse innerhalb von fünf Minuten anstecken. Insofern macht eine Impfung gegen Masern auf jeden Fall Sinn. Aber es muss gesichert sein, dass die Impfung auch wirkt. Heute wäre ich angesichts eines wabernden Mutationsgeschehens, wie wir

es beobachtet haben, sehr viel vorsichtiger, für eine Impfpflicht zu plädieren. Wenn man also eine Impfpflicht einführt, muss auch gesichert sein, dass die Impfung wirkt und keine relevanten Schäden verursacht.

Das Problem bei einer Pandemie sind die exponentiellen Vorgänge. Der Mensch hat keinen Wahrnehmungsapparat für exponentielle Vorgänge. Er kann das weder einschätzen noch fühlen. Das ist eine rein kognitive Leistung. Sie müssen Folgendes sehen: Wenn Sie eine Exponentialität haben und eine Maßnahme zu spät durchführen, dann wirkt sie nicht mehr, oder Sie müssen sie noch drastischer machen. Als ich einmal gesagt habe, dass man da die klassische Verhältnismäßigkeit nicht mehr anwenden kann, ist die FDP über mich hergefallen. Daran kann ich mich noch gut erinnern.

Dass das ein Problem ist, muss man erst einmal erkennen. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Die Formel für die kinetische Energie eines bewegten Körpers lautet: $\frac{1}{2}mv^2$. Das heißt, wenn Sie doppelt so schnell fahren, dann haben wir ein Gefühl dafür, dass wir jetzt doppelt so schnell fahren. Aber das Gefühl, dass Sie damit die vierfache Energie – v^2 – haben – wenn Sie z. B. 80 km/h statt 40 km/h fahren, dann ist es nicht doppelt so schnell, sondern energetisch viermal so schnell –, haben Sie nicht.

Genau das ist das Problem bei exponentiellen Vorgängen: Es ist eine rein kognitive Leistung. Der Richter, der mir das einsammelt, muss das sozusagen auf dem Schirm haben. Sonst denkt er: Was macht der? Es ist doch noch gar nichts los, und der kommt mit einer so drastischen Maßnahme.

Das erinnert mich an die Ausgangssperren. Auch da hat mich die FDP „verprügelt“, und das Gericht hat ihnen recht gegeben. Allerdings hat es da schon gewirkt. Das ist der exekutive Vorteil. Bis das Gericht ein Urteil spricht, hat die Maßnahme schon gewirkt. Das ist jetzt natürlich kein verfassungskonformes Verhalten; das ist ja klar. Das kann man jetzt nicht wirklich strapazieren. Ich will Ihnen damit nur verdeutlichen, dass es sich um schwer zu lösende Probleme handelt, die bei exponentiellen Vorgängen zu beachten sind. Ich denke, wenn wir das alles erst einmal gesammelt haben – Sie sammeln es ja gerade –, dann müssen wir das noch mal machen, anstatt gewissermaßen freihändig zu sagen: Nein, das würde ich nicht machen.

Natürlich würde ich Schulschließungen aus Ex-post-Sicht mit all dem, was wir jetzt wissen, nicht mehr machen. Am Anfang haben wir noch nicht einmal zugelassen, dass Menschen ihre sterbenden Angehörigen besuchen können. Es ist doch unglaublich, so etwas zu machen. Aber wir wussten damals einfach gar nichts und waren durch die exponentiellen Vorgänge natürlich selbst in Panik, sodass man dann solche Maßnahmen ergriffen hat. Aber wir haben ja auch Gerichte, die das dann Gott sei Dank korrigieren.

Das sind also Dinge, die ich auch unterschätzt habe. Das muss ich ehrlich zugeben. Das war das Einzige, was ich schon während der Coronapandemie und nicht erst ex post gemerkt habe: dass ich das mit den Studierenden unterschätzt habe. Ich habe

mich an meine Studienzeit erinnert, was wir da alles so gemacht und vor allem nicht gemacht haben. Da habe ich mir gedacht: Na ja, was ist daran denn jetzt so schlimm? Das habe ich also total unterschätzt, und dafür musste ich mich entschuldigen. Das habe ich auch gemacht. Ich habe es etwas zu locker und salopp genommen, was die Studierenden angeht.

Was das Thema Impfschäden oder angebliche Impfschäden betrifft, befragen Sie bitte lieber den Gesundheitsminister. Dafür fehlt mir die fachliche Kompetenz. Man muss nur aufpassen, dass man Koinzidenz nicht mit Kausalität verwechselt. Dabei denke ich z. B. an die Debatte, die in Bezug auf die Homöopathie geführt wird.

(Zurufe)

Das ist hier genau dasselbe. Es können koinzidente Vorgänge sein, keine kausalen. Da muss man ein bisschen aufpassen. Aber dafür bin ich jetzt wirklich nicht der richtige Gesprächspartner. Das müssen Experten beantworten.

Ich denke, dass ich damit alle Ihre Fragen beantwortet habe.

(Zuruf: Biberach!)

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich darf noch einmal in die Runde fragen, ob es noch Fragen gibt. Es wurde gerade ein Stichwort hineingerufen. – Wollen Sie die Frage noch einmal stellen? Sie wurde schon zweimal gestellt. Es ist jedem selbst überlassen, ob und wie man es beantwortet.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Was habe ich nicht beantwortet?

Vorsitzender Alexander Salomon: Die Frage danach, was Herr Strobl zu Biberach gesagt hat.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Strobl hat einen Bericht im Kabinett abgegeben. Es wurde, glaube ich, eine 20-köpfige Untersuchungsgruppe der Polizei eingesetzt. Ich werde mich dazu erst äußern, wenn ich den Abschlussbericht habe.

Aber Sie können jetzt sowieso nicht erwarten – jetzt seien Sie bitte einmal realistisch, Frau Abgeordnete –, dass ein Ministerpräsident seine Minister öffentlich eintütet. Haben Sie das schon mal erlebt?

(Heiterkeit – Zurufe)

Ich meine, welcher Regierungschef tütet seinen Minister ein, es sei denn, er will ihn am übernächsten Tag entlassen? Da muss ich doch an Ihre realpolitischen Instinkte appellieren, dass das nur mit Zurückhaltung geschehen kann. Aber wenn es nicht

öffentlich von mir kommentiert wird, dann heißt das noch lange nicht, dass ich nicht mit ihm rede. Und ich habe mit dem Minister geredet.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Ich glaube, die Frage wird ohnehin noch einmal auf Sie zukommen, Herr Ministerpräsident. Daher können wir das für heute abschließen. – Es gibt aber noch eine Nachfrage von Herrn Abg. Karrais von der FDP/DVP-Fraktion. Bitte sehr.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Es ist keine neue Frage, sondern eine Frage, die noch nicht beantwortet wurde. Sie betrifft das Thema „Umgang mit sozialen Medien und Stärkung klassischer Medien von staatlicher Seite“.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Abgeordneter, ich habe in Bälde ein Gespräch mit den Verlegern. Das ist, glaube ich, schon terminiert. Dieses Thema ist prekär. Der Staat kann ja jetzt sozusagen nicht einfach die Presse sponsern, weil es dann heißt: Das ist Staatspresse. Das ist also ein prekäres Feld. Sie müssen sehen, dass z. B. regionale Fernsehsender bereits mit Mitteln in erheblichem Umfang unterstützt werden. Es gibt beispielsweise eine Überlegung, was die Zusteller betrifft. Das wäre vielleicht möglich. Aber ich muss sagen: Das liegt erst einmal auf dem Feld der Bundesregierung. Ich hatte ein Gespräch mit den Verlegern und den Chefredakteuren und habe jetzt ein vorbereitendes Gespräch, in dem wir uns noch einmal überlegen: Was kann der Staat in Bezug auf die Printmedien tun? Ich meine, der Mindestlohn bei den Zeitungsausträgern haut bei denen so in den Karton, dass sie das einfach nicht mehr gewuppt bekommen. Das sind Sachen, die wir besprechen werden.

Vorsitzender Alexander Salomon: Jetzt schaue ich noch einmal in die Runde. Im digitalen Raum hat sich in der Zwischenzeit auch niemand mehr gemeldet. Dann scheint es so, als könnten Sie die Enquetekommission rechtzeitig verlassen.

Ich danke Ihnen im Namen aller anwesenden Mitglieder vielmals.

(Beifall)

Es war wieder sehr erhellend, und ich bin gespannt, ob sich auch die Handlungsempfehlungen zur katholischen Kirche in unserem Abschlussbericht wiederfinden. Da bin ich gespannt auf die Subsidiarität. Aber Sie können auch gespannt sein. Zumindest nach dem, was man schon gesehen hat, werden wir in der nächsten Sitzung der Enquetekommission auch etwas zum Handlungsfeld „Gesundheit“ beschließen. Ich glaube, da sind einige spannende Forderungen und Aspekte enthalten, auch zu den Themen Corona, Postinfektionswirkungen usw.

Vielen Dank an Sie. Vielen Dank an Ihr Team, das ebenfalls anwesend war. Das ist ja auch immer wichtig. Sie hatten ja erwähnt, dass man nicht ganz allein ist, sondern

auch viele hinter sich hat. Daher vielen Dank an Sie, und viel Erfolg bei den weiteren Terminen am heutigen Tag.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ich darf mich auch bedanken, dass ich die Gelegenheit hatte, mich bei Ihnen so auszubreiten zu dürfen.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Werte Kolleginnen und Kollegen, wir machen weiter mit

Punkt 2

Anträge zur politischen Aussprache zum vierten Handlungsfeld (Wirtschaft)

Hierzu liegen ein Antrag der FDP/DVP-Fraktion (*Anlage 1*), ein gemeinsamer Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU (*Anlage 2*) sowie ein Antrag der SPD-Fraktion (*Anlage 3*). Alle Anträge sind uns rechtzeitig zur heutigen Sitzung zugegangen.

Das Prozedere ist, dass wir dazu eine öffentliche Aussprache führen. Ich gebe jeder Fraktion die Möglichkeit, zu ihrem jeweiligen Antrag Stellung zu nehmen. Ist das gewünscht? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Vielen Dank.

Ich werde jetzt die Anträge einzeln aufrufen und bitte Sie darum, dass Sie dafür, dagegen oder mit Enthaltung stimmen.

Wir beginnen mit dem Antrag der FDP/DVP-Fraktion (*Anlage 1*). Wer stimmt diesem Antrag zu? – Ich sehe Zustimmung der FDP/DVP-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt. Vielen Dank.

Wir kommen zum gemeinsamen Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU (*Anlage 2*). Wer dafür ist, der hebe bitte die Hand. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich angenommen.

Somit erübrigt sich eigentlich die Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion, da uns jetzt eigentlich ein Trendpapier zu diesem Handlungsfeld vorliegt. Damit ist das Trendpapier zur Kenntnis genommen. Oder wollen Sie, dass über Ihren Antrag formal abgestimmt wird?

(Abg. Florian Wahl SPD: Ja, bitte formal!)

– Okay, dann lasse ich formal über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen. Wer ist für das Trendpapier der SPD-Fraktion (*Anlage 3*)? – Gegenstimmen? – Enthaltungen?
– Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Wir haben trotzdem ein Trendpapier zum vierten Handlungsfeld, allerdings mit der Besonderheit, dass es diesmal nicht von vier Fraktionen unterstützt wird, sondern nur von zwei Fraktionen. Aber jetzt kommen wir ohnehin in die Thematik, dass wir den Abschlussbericht mit unseren Handlungsempfehlungen schreiben.

Damit sind wir, soweit ich es sehe, am Ende des öffentlichen Teils unserer Sitzung.

Ich darf die Öffentlichkeit darauf hinweisen, dass wir am Freitag, 15. März 2024, um 9:30 Uhr unsere nächste Sitzung haben werden, die wahrscheinlich nicht öffentlich stattfinden wird, je nachdem, welche Punkte auf die Tagesordnung kommen. Derzeit geht es vor allem darum, die Handlungsempfehlungen zu beschließen.

Damit darf ich die öffentliche Sitzung für beendet erklären. Wir fahren nach einer kurzen Unterbrechung hier im selben Raum mit der nicht öffentlichen Sitzung fort.

(Schluss des öffentlichen Teils: 11:27 Uhr)

– folgt nicht öffentlicher Teil II (gesondertes Protokoll) –

Zu TOP II.3
Antrag Nr. 1
22. EK KG / 23.2.2024

Landtag von Baden-Württemberg

17. Wahlperiode

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Antrag

der Fraktion FDP/DVP

Öffentliche Politische Aussprache zum Handlungsfeld IV

Trendpapier zum vierten Handlungsfeld „Ökonomische Aspekte von Krisen“

Die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ wolle beschließen, hinsichtlich der zu erarbeitenden Handlungsempfehlungen in Handlungsfeld IV – Wirtschaft folgende Themenschwerpunkte zu berücksichtigen:

1. Transparente und konsistente Wirtschaftspolitik in Krisenzeiten

Eine krisenfeste Wirtschaft benötigt stabile politische und rechtliche Rahmenbedingungen. Vorhersehbare und verlässliche Regeln und Vorschriften schaffen ein günstiges Klima für Investitionen und Geschäftstätigkeit. Deswegen muss es Ziel sein, die Politik auch in Krisenzeiten transparent und widerspruchsfrei zu gestalten. Wichtig dabei ist allerdings, die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Regionen zu berücksichtigen, indem differenzierte Regelungen getroffen werden. Wo einheitliche Vorschriften nicht möglich sind, sollten die Maßnahmen in einer klaren und aktuellen digitalen Regulierungskarte veröffentlicht werden. Alle Maßnahmen müssen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen (Evidenz) basieren, notwendig sein, klar definiert und angemessen sein. Die Einschränkung oder Schließung von Unternehmen und Einrichtungen sollte nur als letztes Mittel in Betracht gezogen werden, nachdem alle Alternativen eingehend geprüft wurden. Vorschriften müssen rechtzeitig, auf allen Ebenen und zuverlässig kommuniziert werden, damit sie effizient und schnellstmöglich organisiert und umgesetzt werden können. Es hat sich bewährt, Rechtsverordnungen in Form von verständlichen FAQs und grafischen Darstellungen zu kommunizieren, weswegen diese niederschwellige Art der Kommunikation in Krisen weiterhin beibehalten werden sollte. Es muss allerdings darauf geachtet werden, dass die Erklärungen und die zugehörigen Verordnungen übereinstimmen.

Neben transparenter und konsistenter Politik ist auch eine enge Zusammenarbeit zwischen Regierung, Unternehmen, Bildungseinrichtungen sowie zwischen den verschiedenen Regionen wichtig, um Synergien zu nutzen und gemeinsame Lösungen zu finden. Die Vernetzung mit anderen sub-nationalen und internationalen Akteuren kann den Zugang zu Märkten und Ressourcen verbessern und die Resilienz der Wirtschaft stärken. Das zentrale Krisenmanagement auf Landesebene muss eine gezielte und koordinierte Reaktion auf Krisen ermöglichen und eine effektive Kommunikation erzielen. Es sollte außerdem durch klare Rollenverteilungen und enge Zusammenarbeit mit dem Krisenstab des Bundes

Zu TOP II.3
Antrag Nr. 1
22. EK KG / 23.2.2024

unterstützt werden. Dadurch wird den Adressaten der Krisenmaßnahmen klar, welche Vorschriften gelten und an wen sie sich bei Fragen wenden können. Verbände und andere wichtige Organisationen sollten kontinuierlich in die Planung und Umsetzung der Maßnahmen einbezogen werden. Dadurch können Erfahrungen aus der Praxis frühzeitig berücksichtigt werden und es können Maßnahmen erkannt oder angepasst werden, die inhaltlich verständlich, umsetzbar und mit möglichst geringer Belastung verbunden sind.

2. Digitalisierung zum elementaren Instrument der Krisen- und Pandemiebekämpfung machen

Die Digitalisierung spielt eine entscheidende Rolle bei der Krisen- und Pandemiebekämpfung, da sie schnelle und effektive Maßnahmen ermöglicht und durch digitale Lösungen wie kontaktlose Zahlungssysteme, Homeoffice-Optionen und Online-Dienste Menschen weiterhin ihren Alltag bewältigen lässt, ohne das Risiko einer Ansteckung zu erhöhen. Die Digitalisierung muss deswegen zur Hauptpriorität bei der Bewältigung von Krisen und Pandemien werden. Der Zugang zu Verwaltungen muss vollständig digitalisiert und ohne Medienbruch ermöglicht werden. Zudem sollten Verwaltungen in der Lage sein, auch in Krisenzeiten effizient zu arbeiten, einschließlich dem Schutz vor Cyberangriffen.

Um flexibles mobiles Arbeiten zu unterstützen, müssen der Ausbau von Breitband- und Mobilfunknetzen vorangetrieben werden sowie bestehende Hindernisse wie Unsicherheiten im Steuer- und Sozialversicherungsrecht abgebaut werden. Betriebsverfassung und –mitbestimmung müssen digitalisiert werden. Es ist wichtig, bewährte Ausnahmeregelungen beizubehalten und die Arbeit der Betriebsräte und Wahlvorstände umfassend digital zu gestalten, einschließlich der Einführung von elektronischen Wahlen.

3. Professionalisierung von Verwaltungsstrukturen vorantreiben

Die IT-Struktur zur Beantragung von Wirtschaftshilfen muss landesweit einheitlich und interoperabel sein. Es gilt die Antragsverfahren über den gesamten Prozess – von der Beantragung, über die Beratung hin zur Bewilligung und Auszahlung – zu vereinheitlichen. Dadurch profitieren nicht nur Unternehmen, die über die Grenzen von Bundesländern hinaus tätig sind, sondern auch die Verwaltung selbst durch etablierte und abgestimmte Verfahren. Die Erreichbarkeit von Hotlines, telefonisch sowie per E-Mail, muss sichergestellt und eine kompetente Auskunft sollte gewährleistet sein. Außerdem sollte eine möglichst weitgehende und einheitliche Umstellung von Genehmigungs- auf Anzeigeverfahren erfolgen (siehe auch Punkt 5).

Die Abwicklung von Entschädigungsansprüchen sollte ausschließlich zwischen den Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und dem Staat als Leistungsverpflichtetem erfolgen.

Eine schnelle und eindeutige Identifizierung von Unternehmen hat Vorteile für sowohl die Unternehmen als auch die Verwaltung, denn durch die Umsetzung des Once-Only-Prinzips und einem datenschutzkonformen Austausch von Informationen zwischen den Behörden können Prüfungen schnell abgeschlossen und Missbrauchsrisiken reduziert werden.

4. Mobilität und Logistik für eine Sicherung der Wirtschaft in Krisenzeiten

Eine gut ausgebaute Infrastruktur, einschließlich Verkehr, Energieversorgung und Kommunikation, ist wichtig, um Handel und Investitionen zu unterstützen. Denn, eine solide Infrastruktur hilft dabei, Krisen besser zu bewältigen und die wirtschaftliche Aktivität aufrechtzuerhalten. Um die Produktion und

Zu TOP II.3
Antrag Nr. 1
22. EK KG / 23.2.2024

Versorgung unseres Landes sicherzustellen, sollten daher Maßnahmen vermieden werden, die Grenzsicherungen und unkoordinierte nationale Maßnahmen für den Warentransport, Pendler, Saisonkräfte, Montagearbeiter und Geschäftsreisende im Binnenmarkt und zur Schweiz einschränken. Das Ampelsystem, aus dem Notfallinstrument für den Binnenmarkt (SMEI) ist hierbei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Landesregierung spielt eine zentrale Rolle bei der Einbeziehung der Schweiz. Des Weiteren, können Erleichterungen bei der Grenzabfertigung unterstützen, siehe beispielsweise "Fast Lanes" für priorisierte Waren und vorübergehende Stichprobenkontrollen, die sich während der Pandemie bewährt haben. Ein vollständig digitaler Informationsaustausch zwischen Unternehmen und Behörden ist ebenfalls hilfreich.

Zu Beginn der Pandemie war der Prozess zur Einstufung als Unternehmen kritischer Infrastruktur (KRITIS) vielen Unternehmen und unteren Behörden unbekannt. Dies führte zu langen Wartezeiten und Unstimmigkeiten. Die Landesregierung hat darauf reagiert, indem sie ein Prozessdiagramm bereitgestellt und die KRITIS-Liste aktualisiert hat. Eine Harmonisierung der KRITIS-Bestimmungen (und weiteren krisenbezogenen Einschränkungen, siehe Punkt 6) zwischen den Bundesländern ist insbesondere für Logistikunternehmen und Personenverkehrsbetreiber relevant.

Um den globalen Gesundheitshandel zu erleichtern, ist es wichtig, den Wettbewerb zum Schutz der hoch internationalisierten deutschen und baden-württembergischen Wirtschaft sicherzustellen. Um ein globales Level-Playing-Field zu erreichen, sollte eine stärkere Reziprozität im Handel mit restriktiven Handelspartnern wie China gefordert werden, wobei das Ziel darin besteht, Handelshemmnisse abzubauen. Das Land sollte auch prüfen, ob es regionale Abkommen zur Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten abschließen kann.

5. Bürokratieabbau und Hilfe zur Selbsthilfe

Bürokratische Hürden können die Umsetzung von Maßnahmen verlangsamen oder sogar verhindern. In Krisensituationen ist es wichtig, dass Entscheidungen rasch getroffen und umgesetzt werden können, um Leben zu schützen und (wirtschaftliche) Schäden zu minimieren. Durch Bürokratieabbau können Verwaltungsprozesse vereinfacht, Entscheidungswege verkürzt und bürokratische Hindernisse aus dem Weg geräumt werden.

Nationale und regionale Unternehmen müssen sich aufgrund der Verschiebung geopolitischer Machtachsen und der Notwendigkeit, geopolitische Risiken in ihre Geschäftsstrategien einzubeziehen, verstärkt mit geopolitischen Risiken auseinandersetzen (siehe Punkt 4). Das ist häufig Ressourcen- und Kostenintensiv. Daher ist es wichtig, Unternehmen, insbesondere KMUs, zu unterstützen und Bürokratie abzubauen. Unternehmen, die im internationalen Kontext tätig sind, haben eine Vielzahl von Sorgfalts- und Dokumentationspflichten zu beachten, wie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Eine Harmonisierung dieser Pflichten sollte erfolgen, um unnötigen Mehraufwand zu vermeiden und Unternehmen die Implementierung von Compliance-Maßnahmen zu erleichtern.

Auch bei Wirtschaftshilfen gilt es, den bürokratischen Aufwand zu minimieren. Wirtschaftshilfen müssen in einer Weise zur Verfügung gestellt werden, die unkompliziert und einfach zu beantragen sind und eine schnelle Auszahlung ermöglicht. Durch eine detaillierte Überprüfung erst nach Ende des Förderzeitraums konnte eine rasche Auszahlung zu Beginn der Krise gewährleistet werden. Um in Krisenzeiten eine maßgeschneiderte Unterstützung bieten zu können, ist eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Anpassung der Förderkriterien an branchenspezifische Gegebenheiten unerlässlich. Eine regelmäßige Evaluierung der Wirtschaftshilfen ist hierbei erforderlich. Es sollte vermieden werden, dass Änderungen der Antragsbedingungen zu Nachteilen für diejenigen führen, die bereits einen Antrag gestellt haben - auch hier können die Schlussabrechnungen helfen, um etwaige Anpassungen im Unterstützungsprogramm zu berücksichtigen.

Zu TOP II.3
Antrag Nr. 1
22. EK KG / 23.2.2024

Des Weiteren ist es wichtig, die Wirtschaftshilfen länderübergreifend abzustimmen und die Bedürfnisse von kleinen Unternehmen angemessen zu berücksichtigen. Die Länder können ergänzende Hilfsprogramme einführen, um ihren spezifischen Gegebenheiten gerecht zu werden. Diese sollten jedoch so gestaltet sein, dass sie Doppelstrukturen und -förderungen vermeiden. Die Berücksichtigung verschiedener Förderprogramme erhöht die Komplexität des Antragsverfahrens erheblich, insbesondere im Hinblick auf die Einhaltung des Beihilferechts.

6. Systemrelevante Versorgung der Wirtschaft absichern

Systemrelevante Versorgungsbereiche stellen die Grundlage für das Funktionieren einer Gesellschaft dar. Ohne eine funktionierende Versorgung in diesen Bereichen ist eine angemessene Krisenbewältigung und Pandemiebekämpfung kaum möglich. Hierbei bedarf es allerdings einer spezifischen Definition von kritischen Bereichen, Personen und Tätigkeiten, die zur Aufrechterhaltung der betrieblichen Abläufe innerhalb des Unternehmens und der Lieferkette beitragen. Hierbei muss die gesamte Wertschöpfungskette berücksichtigt werden. Auch gilt es zu bedenken, dass mit zunehmender Dauer der Beschränkungen immer mehr Sektoren der Wirtschaft eine kritische Bedeutung für die öffentliche Versorgung erhalten - zum Beispiel Autowerkstätten, Produktion von Hygieneartikeln oder verschiedene persönliche Dienstleistungen. Die Pandemie hat gezeigt, wie stark die Liefer- und Wertschöpfungsketten miteinander verflochten sind. Zur Vermeidung von Abhängigkeiten und einer Mangelwirtschaft im Bereich der systemrelevanten Versorgung, ist daher nicht nur zu überlegen, welche Produkte in welchem Umfang vorgehalten werden müssen (z.B. Arzneimittel, etc.), sondern auch, ob diese hier oder in der EU produziert werden sollten.

Um Engpässe im Personal zu vermeiden, müssen bundeseinheitliche Kriterien und Vorgaben für die Arbeitsquarantäne sowie Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Arbeitszeit (Wochenarbeitszeit, Beschäftigungsverbot an Sonn- und Feiertagen) geschaffen werden. Unternehmen, die überregionale tätig sind, hatten keine zentrale Ansprechperson und mussten mit verschiedenen Gesundheitsämtern in Kontakt treten und deren teilweise unterschiedliche Handlungsempfehlungen berücksichtigen. Spezielle (Sonder-)Regeln sollten eingeführt werden, um die Logistik- und Lieferketten aufrechtzuerhalten. Ein gutes Beispiel hierfür war die vorübergehende Aussetzung des Fahrverbots an Sonn- und Feiertagen.

Die komplexen Vorschriften für öffentliche Ausschreibungen waren während der Krise zeitraubend. Wenn sie konsequent umgesetzt worden wären, hätten deutsche Kunden zu lange auf die erste Lieferung von Schutzkleidung und Mundschutz warten müssen. Deshalb ist es notwendig, für Krisensituationen das System flexibler und unbürokratischer zu gestalten. Das System der öffentlichen Ausschreibung wurde während der Krise auf den Prüfstand gestellt - eine Ausrichtung auf kleine und mittlere Unternehmen sowie Start-ups könnte das System effizienter machen. Deswegen sollte die Einbeziehung von Start-Ups für Vergaben, insbesondere im Bereich der systemrelevanten Versorgung, eingeführt und zügig in die Praxis umgesetzt werden.

7. Arbeits-, Gesundheits- und Infektionsschutz wirksam, bedarfsorientiert und flexibel gestalten

Unternehmen und Betriebe benötigen für ein effektives Krisenmanagement ein bedarfsorientiertes und flexibles Regelwerk. Dieses sollte übersichtlich und leicht verständlich sein und die spezifischen Anforderungen und Merkmale jedes Betriebes angemessen berücksichtigen, insbesondere die der Kleinst- und Kleinunternehmen. Sie bedürfen auch in Zukunft Unterstützung anstatt Sanktionierungen. Um eine praxisnahe Umsetzung der Pandemiebekämpfung sicherzustellen, sollten Wirtschaftsverbände aktiv in Entscheidungsprozesse eingebunden werden (siehe Punkt 1).

Zu TOP II.3
Antrag Nr. 1
22. EK KG / 23.2.2024

Es ist wichtig, dass Maßnahmen sowohl im gesellschaftlichen als auch betrieblichen Kontext parallel wirken und zusammenarbeiten. Strengere Vorgaben für Unternehmen sowie Beschäftigte sind weder vermittelbar noch angebracht. Stattdessen benötigt es eine verbesserte Kommunikation und ausreichende Vorlaufzeiten seitens der zuständigen Ministerien, damit Betriebe Infektionsschutz- und Hygienekonzepte (z. B. Anpassung an sich ständig ändernde Arbeitsschutzverordnungen, Überprüfung von Impf-/Genesenen-Zertifikaten) besser planen und praktikabel umsetzen können. Auch das Thema Datenschutz sollte bereits bei der Erstellung von Regelungen berücksichtigt werden und gegebenenfalls konkrete Rechtsgrundlagen geschaffen werden.

Unternehmen und Betriebsärztinnen und –ärzte sollten frühzeitig in Impfkampagnen einbezogen werden und über ausreichend Impfstoff verfügen, ohne Einschränkungen (keine Kontingentierung). Impfstoffmengen müssen zuverlässig und prognostizierbar sein. Liefermengen und Lieferwege müssen transparent kommuniziert werden, einschließlich der Verteilung an einzelne Betriebe. Des Weiteren sollte es auch zukünftig eine robuste rechtliche Grundlage für betriebsärztliches Impfen geben. Um die Herausforderungen von KMUs bei der Bewältigung von (Gesundheits-)krisen stärker zu berücksichtigen, beispielsweise um die landesweit nicht ausreichenden Betriebsärztinnen und –ärzte flächendeckenden zu kompensieren, sind Apotheken bei zukünftigen Pandemien stärker einzubeziehen.

8. Bildung und Arbeitskräfteentwicklung stärken und krisenfest ausgestalten

Eine gut ausgebildete Bevölkerung trägt zur Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft bei. Investitionen in die Bildung, berufliche Ausbildung und lebenslanges Lernen sind wichtig, um die Arbeitskräfte auf Veränderungen vorzubereiten und die Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen. Auch wenn die bisherigen Auswirkungen der Pandemie auf die verschiedenen Bildungsbereiche noch nicht abschließend untersucht worden sind, gibt es bereits eindeutige Hinweise auf erhebliche Lernrückstände und mittelfristig andauernde psychische Belastungen der Bevölkerung. Dies wird sich in naher Zukunft voraussichtlich auch in der Verfügbarkeit gut ausgebildeter und leistungsstarker Arbeitskräfte widerspiegeln. Zukünftige Studienergebnisse sind deswegen sorgfältig zu analysieren und strategisch in das Krisenmanagement einzubeziehen. Eine wichtige Überlegung ist die Abwägung zwischen dem Schutz der Gesundheit während einer Krise und den langfristig zu erwartenden Auswirkungen der Schutzmaßnahmen. Das übergeordnete Ziel besteht darin, die Qualität der dualen Ausbildung – und somit die nachhaltige Sicherung von Fachkräften – beständig zu gewährleisten, denn eine qualifizierte Belegschaft ist entscheidend für angemessene Maßnahmen im Alltag und erst recht in Krisenzeiten.

Für Bildungseinrichtungen, überbetriebliche Lehrwerkstätten und Ausbildungsbetriebe sollten grundsätzlich einheitliche Regelungen gelten. Ausnahmeregelungen von den pandemiebedingten Anordnungen sollten deshalb auch für die Durchführung von Prüfungen im Bereich der Beruflichen Bildung erlassen werden – nicht nur für Schulen und Hochschulen. Die Regelungen zur Entgeltersatzleistung gemäß § 56 des Infektionsschutzgesetzes sollten grundsätzlich auch für Ausbildungsverhältnisse gelten. Des Weiteren gilt es den laufenden Digitalpakt Schule schnellstmöglich umzusetzen und den Ansatz des neuen Digitalpakt 2.0 mit Blick auf eine tragfähige Ausstattung und Infrastruktur für die Schulen, insbesondere auch die Berufsschulen, zu verbessern. Dies beinhaltet auch die Schaffung digitaler Kompetenzen an Schulen, um die geschaffene Infrastruktur adäquat einzusetzen.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, gilt es Schulen und Kindertagesstätten besser auf künftige Gesundheitskrisen vorzubereiten und so einen Betrag zum Krisenmanagement dieser Einrichtungen zu leisten.

Zu TOP II.3
Antrag Nr. 1
22. EK KG / 23.2.2024

9. Förderung von Innovation und Unternehmertum durch die Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft

Eine krisenfeste Wirtschaft erfordert innovative Lösungen und die Fähigkeit zur Anpassung an neue Gegebenheiten. Die Förderung von Forschung und Entwicklung, Technologie und Unternehmertum ist daher unabdingbar, um die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Wirtschaft zu stärken. Hierfür ist eine stärkere Rolle der Hochschulen und Forschungseinrichtungen als Start-up-Investoren notwendig. Das bedeutet, Hochschulen müssen einfacher in Start-Ups investieren können. Deshalb gilt es den Wissenschaftseinrichtungen dezidiertes Kapital für die finanzielle Beteiligung an Spin-offs¹ zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren sollte eine Novelle des Landeshochschulgesetzes (LHG) angestrebt werden, um die Beteiligung von Hochschulen an Start-Ups zu vereinfachen (siehe bspw. §2, Absatz 6 des LHG). Auch die personensorientierte Förderung von Gründerinnen und Gründern aus der Wissenschaft sollte ausgebaut werden und Anreize für Gründungsaktivitäten geschaffen werden. Dazu erfordert es eine Anerkennung von Gründungsaktivitäten als Leistung innerhalb der Wissenschaft. Instrumente wie befristete aber längere Freistellungen für Gründungsaktivitäten, die Gewährung von „Gründungsfreisemestern“ (äquivalent zum Forschungsfreisemester) oder die Anrechnung von Gründungsaktivitäten auf das Lehrdeputat sind denkbar. Ebenso möglich sind die Flexibilisierung der Nebentätigkeitsregelungen sowie spezielle Förderprogramme, die Gründungsaktivitäten von gestandenen Wissenschaftlern fördern.

10. Wirtschaft als integralen Bestandteil von Krisen- und Pandemieschutzkonzepten verstehen

Es ist entscheidend, dass Bund und Länder den nationalen Pandemieschutzplan in enger Anlehnung an die auf europäischer Ebene ergriffenen Maßnahmen kontinuierlich anpassen und umsetzen, um somit zu einem umfassenden, normierten und förderlichen Konzept für den Schutz der Wirtschaft und der Bürger vor Pandemien beizutragen. Ein solches Konzept sollte auf einer verlässlichen Informationsgrundlage basieren, da dies das Ergreifen von raschen und zielgerichteten Maßnahmen ermöglicht. Hierzu gehören beispielsweise Informationen über den staatlichen Bestand an Schutzkleidung sowie Kontakte zu den wichtigsten Akteuren, die von Maßnahmen betroffen wären. Ebenso sind Daten über die Identifikation von Infektionsherden von großer Bedeutung, da sie als Grundlage für Entscheidungen zur Einschränkung von Grundrechten und Eingriffen in die unternehmerische Freiheit dienen.

Ganzheitliche Konzepte wie z.B. das des „Sozial-raumorientierten Bevölkerungsschutzes“ des Deutschen Roten Kreuzes können dabei als nützliche Leitlinien für die Bewältigung künftiger Pandemien und Krisen dienen. Eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Kommunikation dieser Konzepte erleichtert es Unternehmen, angemessene Vorbereitungen für den Krisenfall zu treffen.

¹ Ausgliederung einer Organisationseinheit aus bestehenden Unternehmensstrukturen, in der Regel aus einer Firma, einer Hochschule oder einem (staatlichen) Forschungsinstitut, durch die Gründung eines eigenständigen Unternehmens.

Zu TOP II.3
Antrag Nr. 2
22. EK KG / 23.2.2024

Landtag von Baden-Württemberg

17. Wahlperiode

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Antrag
der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU

Politische Aussprache zum vierten Handlungsfeld „Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft und Nutzung ihrer Potenziale zur Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“

Die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ wolle beschließen

hinsichtlich der zu erarbeitenden Handlungsempfehlungen im eingangs genannten Handlungsfeld IV folgende Themenschwerpunkte zu berücksichtigen:

1. Soziale Marktwirtschaft als Garant für Anpassungs- und Zukunftsfähigkeit

Resilienz entsteht im Zusammenspiel von Staat und Privaten. Der historische Erfolg des Modells der Sozialen Marktwirtschaft basiert auf einer auf Langfristigkeit ausgelegten und vertrauensvollen Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und gesellschaftlichen Akteuren. Es sind einerseits die Unternehmen der Privatwirtschaft, die am besten in der Lage sind, Entscheidungen für ihren eigenen wirtschaftlichen Erfolg zu treffen und so Innovationen als genuinen Teil wirtschaftlichen Handelns voranzutreiben. Andererseits muss der Staat die richtigen Rahmenbedingungen als Leitplanken für eine lebenswerte Zukunft aller Bürgerinnen und Bürger schaffen. Diese Rahmenbedingungen integrieren zentrale Werte wie den Schutz der Allgemeingüter, des Eigentums, die Förderung von Ideenreichtum und Technologieoffenheit, das Bekenntnis zu fairem Handel und freiem Wettbewerb auf globaler wie auch lokaler Ebene, das Prinzip der Nachhaltigkeit sowie soziale Verantwortung und Gerechtigkeit. Die Soziale Marktwirtschaft ist an die Herausforderungen der anstehenden digitalen und sozial-ökologischen Transformation anzupassen und zu modernisieren.

2. Fachkräftesicherung für eine offene Zukunft

Der Arbeits- und Fachkräftemangel hemmt Wachstum und Produktivität unserer Wirtschaft. Diese Entwicklung wird durch die Effekte der Demografie noch deutlich verschärft. Wo qualifizierte Fachkräfte fehlen, ist die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen eingeschränkt und es besteht die Gefahr einer eingeschränkten Versorgung mit wichtigen Dienstleistungen. Ein verschärfter Wettbewerb um Beschäftigte führt potenziell zu

Zu TOP II.3

Antrag Nr. 2

22. EK KG / 23.2.2024

steigenden Ausgaben für Löhne und folglich auch zu einem erhöhten Inflationsrisiko. Wir halten daher eine Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik für notwendig, welche die Arbeitsproduktivität stärkt und forcieren eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit im Rahmen des geltenden EU-Rechts.

Bildung ist der Schlüssel zu Wohlstand, wirtschaftlicher Sicherheit, politischer Stabilität und gesellschaftlicher Teilhabe. Unverzichtbar für die Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von morgen sind daher weitergehende Investitionen in das Bildungssystem. Diese braucht es über die ganze Bildungskette – von der frühkindlichen Bildung über das Schulsystem bis hin zu Hochschulen und lebenslangem Lernen, z. B. in der Weiterbildung. Um in der Zukunft zu bestehen, benötigt unsere Wirtschaft die Fähigkeit, volatilen, ungewissen, komplexen und ambivalenten Situationen (VUKA) erfolgreich zu begegnen, insbesondere durch den Umgang mit Digitalität und KI in der Arbeitswelt sowie durch die Förderung und Anwendung der dafür erforderlichen fachlichen und überfachlichen Kompetenzen, der sogenannten Future Skills.

Wichtig sind zudem eine gesteuerte und qualifizierte Zuwanderung sowie eine Verbesserung der Integration von Migrantinnen und Migranten in den deutschen Arbeitsmarkt. Hieran muss weitergearbeitet werden. Wir brauchen geeignete Bildungsangebote für Zugewanderte und deren Familien, sodass diese auch ein langfristiges Interesse an einer Arbeitsmarktintegration haben. In einer derart moderierten Zuwanderung liegt eine Chance für unsere Wirtschaft und Gesellschaft.

3. Wettbewerbsfähigkeit und menschliche Ressourcen sichern und stärken

Baden-Württembergs Wettbewerbsfähigkeit hat zuletzt stark gelitten. Unternehmen verlagern zunehmend ihre Produktionsstandorte bzw. deren Erweiterungen und Transformationsvorhaben in andere Bundesländer oder sogar ins Ausland. Gründe hierfür sind unter anderem eine in Teilen hohe Steuer- und Abgabenlast, bürokratische Hürden, ein struktureller Arbeitskräftemangel, stark gestiegene Energiepreise, Digitalisierungsdefizite, vergleichsweise hohe Lohnkosten bei gleichzeitig EU-weit niedrigsten Jahresarbeitsstunden, ausbleibende und zu geringe Investitionen in die Infrastruktur sowie Bildungsdefizite. Die aktuelle Abkühlung der Konjunktur darf nicht dazu führen, dass langfristige Zukunftsinvestitionen von Unternehmen und des Staates gehemmt werden oder der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg an Attraktivität verliert. Es bedarf daher einer engagierten, auf Verlässlichkeit und Langfristigkeit angelegten Wirtschafts- und Investitionspolitik.

In diesem Sinn bedarf es an Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastrukturen, sowohl technisch als auch auf die menschlichen Ressourcen bezogen. Der verstärkte Ausbau der Erneuerbaren Energien, der dafür notwendigen Übertragungsnetze, eine hochwertige, flächendeckende und bedarfsgerechte Kindertagesbetreuung sowie attraktive Anreize für die Gründung von Start-ups sind hier beispielsweise zu nennen. Es gilt Abwanderungstendenzen effektiv entgegenzuwirken und den wettbewerblichen Herausforderungen durch protektionistische Industriepolitik standzuhalten. Dafür ist es erforderlich, dass auch für industrielle Transformationsregionen wie Baden-Württemberg die Möglichkeit besteht,

Zu TOP II.3
Antrag Nr. 2
22. EK KG / 23.2.2024

großvolumige Unterstützungen für Investitionen zu ermöglichen. Flankierend sollten Investitionen in den nachhaltigen Umbau der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere der Bahn, vorangetrieben und ausgebaut werden.

4. Zielgerichtete Investitionen in den Sozialstaat als Voraussetzung einer zukunfts- und wettbewerbsfähigen Wirtschaft

Der Sozialstaat spielt eine wichtige Rolle in der Bewältigung der anstehenden Transformation. Investitionen in den Sozialstaat stehen dabei nicht im Widerspruch zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, sondern verbessern diese. Der Ausbau von frühkindlicher Bildung und Erziehung, Investitionen in Schulen und Universitäten, die Förderung von aktiver Arbeitsmarktpolitik, lebenslangem Lernen und Weiterbildung sind Beispiele für soziale Investitionen, die den Menschen dabei helfen, sich an verändernde Kontextbedingungen anzupassen. Gleichzeitig stärken sie die Resilienz der Volkswirtschaft. Neben sozialen Investitionen müssen weitere flankierende sozialpolitische Maßnahmen dafür sorgen, dass Transformations- und Anpassungsprozesse keine neuen Ungleichheiten erzeugen oder diese zumindest minimiert werden. Dies ist erforderlich, um gesellschaftlichen Spaltungs- und Polarisierungsprozessen vorzubeugen.

Auch die Sozialpartnerschaft hat sich als wesentlicher Teil des Modells der Sozialen Marktwirtschaft in Krisenzeiten immer wieder bewährt. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, flankiert durch selektive Unterstützung des Staates, stärkt die Krisenreaktionsfähigkeit der Wirtschaft. Eine solche Zusammenarbeit kann jedoch nur gelingen, wenn die beteiligten Akteure nicht ihre partikulären Interessen, sondern die gesamtwirtschaftliche Perspektive im Blick behalten. Das Modell der Sozialpartnerschaft ist dahingehend zu fördern und weiterzuentwickeln, dass gesamtwirtschaftliche Interessen stärker in den Vordergrund rücken.

5. Handelspolitik und Lieferketten in Zeiten der Transformation

Die Einbindung Baden-Württembergs in die europäische und internationale Wirtschaft hat unser Land wirtschaftlich stark gemacht. In Zeiten zunehmender Handelskonflikte ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Handels- und Wirtschaftspolitik von großer Bedeutung. Die Lieferketten stehen unter Druck, unter anderem durch geopolitische Risiken, Extremwetterereignisse, pandemische und andere Risiken wie Unfall- und Blockadeszenarien, Treibstoffmangel, Cyberattacken und Personalmangel.

Kritische Abhängigkeiten in Lieferketten und Absatzmärkten sollten unter Berücksichtigung der geopolitischen Risiken reduziert werden, auch in Bezug auf China. Eine Fixierung allein auf heimische Produktion, Protektionismus oder De-Globalisierungstendenzen ist keine Lösung. Derisking statt Decoupling heißt die Devise. Weiterhin müssen wir Freihandel und offenen Märkten Vorrang geben – insbesondere mit Staaten, die unsere Werte teilen (Friendshoring). Freihandelsabkommen befördern die Erschließung neuer Märkte und sind daher ein wichtiger Teil zur Diversifizierung von Lieferketten und zum Abbau kritischer Abhängigkeiten. Dabei gelten das internationale Recht, die Pariser Klimaziele sowie die Ziele für nachhaltige

Zu TOP II.3
Antrag Nr. 2
22. EK KG / 23.2.2024

Entwicklung der Vereinten Nationen als Grundprinzipien. Verbindliche Normen, wie das Lieferkettengesetz, oder freiwillige Selbstverpflichtungen von Unternehmen müssen auch die Krisenfestigkeit im Auge haben.

Um die Stabilität der Versorgung zu verbessern, bedarf es einer gewissen Vorratshaltung an notwendigen Gütern, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie schneller wirtschaftspolitischer Reaktionen im Krisenfall.

6. Bürokratieabbau

Das Land unternimmt mit der Entlastungsallianz einen wichtigen Schritt zum Abbau überflüssiger bürokratischer Vorgaben, was weiter zu intensivieren ist. Um die Belastungen für Wirtschaft, Verwaltung und Bürger spürbar zu reduzieren und mit gutem Beispiel voranzugehen, erachten wir daher gerade auf Landesebene eine spürbare Reduzierung von Regelungen als notwendig. Insbesondere gilt dies hinsichtlich der Reduktion und Eindämmung von Regulatorik und Berichtspflichten. Berichte dürfen nicht Selbstzweck sein, sondern dienen der Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Die Qualität von Regulierungen und Berichtspflichten ist entscheidend.

Eine moderne Wirtschaftspolitik sollte nicht überkommene Strukturen festschreiben. Die Transformation von Wirtschaftszweigen gelingt dann, wenn Freiräume und Experimentierfelder geschaffen und gefördert werden. Dies erfordert Technologieoffenheit, Offenheit gegenüber sozialen Innovationen, die Einbindung von gesellschaftlichen Akteuren in diese Transformationsprozesse, einen verlässlichen Rahmen und eine breite Zulassung von Marktprozessen. Es ist notwendig, einen verlässlichen wirtschaftlichen Rahmen zu schaffen und klare Signale der Wirtschaftspolitik zur Attraktivität des Standortes Baden-Württemberg zu senden.

7. Innovations- und Transferfähigkeit der Unternehmen stärken

Die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft ist eine wichtige Voraussetzung für die Krisenfestigkeit des Landes und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Forschung und Entwicklung sind essentiell für den gesellschaftlich-technologischen Fortschritt und die Entwicklung nachhaltiger Lösungen, auch im Hinblick auf den Umgang mit der Klimakrise. Transformative Forschung findet Lösungen im Austausch mit der Bevölkerung und der Zusammenarbeit verschiedener Akteure. Baden-Württemberg zählt zu den innovativsten Regionen Europas und der Welt. Daher ist es wichtig, dass das Land die inter- und transdisziplinäre Forschung und Entwicklung sowie den Transfer zusammendenkt. Insbesondere betrifft dies die Förderung von wirtschaftsnaher Forschung.

Bei zentralen Zukunftstechnologien, insbesondere im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI), dürfen wir uns nicht in die Abhängigkeit zu anderen Ländern begeben. Angesichts der weltweiten Milliardeninvestitionen ist es notwendig, dass Europa im Bereich der Schlüsseltechnologie KI international wettbewerbsfähig bleibt, um eine gewisse technologische Souveränität zu bewahren und nicht auf KI-Systeme aus dem Ausland angewiesen zu sein.

Zu TOP II.3
Antrag Nr. 2
22. EK KG / 23.2.2024

Auch dies erfordert ein konstruktives Miteinander staatlicher und privater Akteure sowie Investitionen in Forschung, Entwicklung und Kommerzialisierung von KI.

8. Risiken für zentrale (kritische) Infrastrukturen minimieren und Resilienz erhöhen

Zu den zentralen Infrastrukturen zählen unter anderem Verkehrswege und -mittel, Telefon, Internet, Wasser und Abwasser sowie die Energieversorgung und die sichere Rohstoffversorgung. KRITIS-Einrichtungen genießen besonderen Schutz. Auch dem Ausbau und der Stärkung der Versorgungsinfrastruktur muss besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die Informationstechnologie gewinnt dabei zunehmend an Bedeutung. Der flächendeckende Ausbau einer leistungsfähigen und sicheren digitalen Infrastruktur im Industrieland Baden-Württemberg ist als Aufgabe der Daseinsvorsorge unerlässlich, insbesondere durch den fortschreitenden Ausbau von Gigabitnetzen. Neben herkömmlichen Computern finden sich solche Technologien heute in zahlreichen mobilen Endgeräten, in Fahrzeugen (z.B. Navigationssysteme), in Wohnhäusern (z.B. Heizungssteuerung) und vor allem in zentralen Infrastruktureinrichtungen wie der Stromversorgung, der Straßenverkehrssteuerung, im Bahnverkehr, in Flughäfen und an vielen anderen zentralen Orten. Ein längerer oder großflächiger Ausfall wichtiger IT-Komponenten und zentraler IT-Einheiten durch Cyber-Angriffe o.ä. ist ein ernst zu nehmendes Krisenszenario.

Für Kommunen und Wasserversorgungsunternehmen empfiehlt sich eine detailliertere Betrachtung der der Krisenfestigkeit ihrer Wasserversorgung. Insbesondere bei kleinen Versorgungseinheiten ohne zweites Standbein sind Defizite bereits vorhanden oder teilweise zu erwarten. Aus wasserwirtschaftlicher Sicht entsteht durch die Klimakrise in vielen Bereichen ein erhöhter oder gar neuer Wasserbedarf durch neue Nutzerinnen und Nutzer der Wasserressourcen (z.B. durch Beregnungsbedarf in der Landwirtschaft). Eine sichere und wirtschaftlich optimale Versorgung bedingt eine landesweite Konzeption unter Einbezug der Potenziale der überregionalen Wasserzweckverbände. Die Finanzierung der oft kostenintensiven Investitionen für die daraus resultierenden Maßnahmen (Rohrleitungs- und Brunnenbau) sowie eine entsprechende Anpassung der Landesförderung für den Ausbau der landesweiten und kommunalen wasserwirtschaftlichen Infrastrukturen sind anzugehen.

9. Ökologische Energiegewinnung fortsetzen

Wirtschafts-, Klima- und Energiepolitik müssen zusammen gedacht werden. Nur wenn in Baden-Württemberg im Zuge der Dekarbonisierung ausreichend Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung steht, wird industrielle Produktion im Südwesten weiterhin möglich sein. Durch den regionalen Ausbau erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz kann die Abhängigkeit von Energieimporten künftig verringert werden.

Dennoch wird Baden-Württemberg auch in Zukunft auf Energieimporte angewiesen sein. Bei den Importen werden künftig fossile Energieträger durch grüne Energieträger ersetzt. Auch hier

Zu TOP II.3
Antrag Nr. 2
22. EK KG / 23.2.2024

sind Nachhaltigkeitskriterien entscheidend. Außerdem ist ein nachfrageseitiger Ausbau der Flexibilitätsoptionen wichtig, um die erneuerbaren Energien optimal zu nutzen. Zudem ist ein Ausbau der Hochspannungsnetze und des Wasserstoffnetzes eine zentrale Aufgabe und Voraussetzung für eine nachhaltige Wirtschaft, die allerdings nur mit dem Ausbau von fairen Energiepartnerschaften einhergehen kann.

10. Ernährungssicherheit braucht Logistik

Die Ernährungssicherheit ist durch vielfältige Krisen bedroht. Daher muss die Resilienz der heimischen und an ökologischen Kriterien ausgerichteten Land- und Lebensmittelwirtschaft deutlich gestärkt werden, um ihre Widerstandsfähigkeit zu erhöhen und die Versorgungssicherheit in Krisenzeiten zu gewährleisten. Es ist wichtig, die heimische Landwirtschaft, das heimische Lebensmittelhandwerk und die heimische Lebensmittelverarbeitung auf allen Ebenen zu unterstützen, um die Versorgungssicherheit der Bevölkerung durch die Erzeugung von Lebensmitteln vor Ort auch in Krisenzeiten zu gewährleisten und lokale Wirtschaftsakteure zu stärken. Die Versorgung der Bevölkerung sollte durch resiliente Lieferketten der Erzeugungs- und Verarbeitungsinfrastrukturen sichergestellt sein. Dabei sind die Urproduktion in der Landwirtschaft, die Verarbeitungsebene bis zum Lebensmitteleinzelhandel, sowie die vorgelagerte Ebene – also die Produktion und den Vertrieb von Betriebsmitteln – in den Blick zu nehmen.

Neben der Sicherstellung der Erzeugung von Lebensmitteln gerade im Krisenfall ist die Ernährungsarmut – also der Zugang zu gesunden und ausreichend Lebensmitteln für die gesamte Bevölkerung – zentral.

11. Krisenbewältigung und -kommunikation sowie Pandemielehren für Unternehmen

Ein frühzeitiges Krisenmanagement und im Krisenfall eine frühzeitige Krisenkommunikation gegenüber Wirtschaft und Industrie sind sicherzustellen. Gemeinsame Krisenreaktionspläne, Notfallregelungen und intelligente Krisen- und Pandemieschutzkonzepte müssen (fort-)entwickelt werden. Sie sind regelmäßig an neue Gegebenheiten anzupassen, abzustimmen und zu beüben sowie mit anderen Ländern zu harmonisieren. Dem Bedürfnis nach besser geordneten Prozessen der inhaltlichen Beteiligung von fachlich kompetenten Ansprechpartnern der Fachverbände (im Krisenfall) ist bei der Erarbeitung von Rechtsverordnungen und anderen Entscheidungen mit maßgeblicher Wirkung möglichst frühzeitig und substantiell Rechnung zu tragen. Im Krisenfall ist bei der Formulierung von Auflagen und Beschränkungen sowie bei der Ausgestaltung von Förderprogrammen auf Klarheit und Verständlichkeit zu achten. Wirtschaftshilfen sind einfach und unbürokratisch aber zugleich transparent und rechtssicher zu gestalten, um Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen. Die finanzielle Unterstützung von Unternehmen und Haushalten sollte nur dort erfolgen, wo sie am dringendsten benötigt wird.

12. Finanz- und Kapitalmarkt krisenfest aufstellen

Zu TOP II.3
Antrag Nr. 2
22. EK KG / 23.2.2024

Börsen stellen eine kritische Infrastruktur dar. Banken sind für die Versorgung der Bevölkerung mit Zahlungsmitteln unverzichtbar. Sparkassen und Volksbanken wie Raiffeisenbanken garantieren die Versorgung mit qualitativ hochwertigen Finanzdienstleistungen vor Ort und mit Bargeld zu jeder Zeit. Bargeld ermöglicht einen weiteren Geldfluss für Geschäfte des täglichen Bedarfs auch im Fall von kurzen Stromausfällen, Cyberangriffen oder ähnlichen Ereignissen. Hier sind zertifizierte Notfall- und Krisenkonzepte notwendig, die alle Bargeldakteure miteinander verzahnen, um eine Versorgungssicherheit im Krisenfall zu gewährleisten.

Der ständige Austausch zwischen Aufsicht, Marktteilnehmern und Politik sowie die enge Zusammenarbeit zur Schaffung einer robusten Infrastruktur durch eine entsprechende Regulierungsarchitektur fördern diese krisenfeste Aufstellung. Zur Erhaltung der Finanzstabilität bei den Banken ist in erster Linie ein gutes Risikomanagement und ausreichend Eigenkapital in jedem einzelnen Institut notwendig. Um Ansteckungseffekte und systemische Risiken zu identifizieren und durch geeignete Instrumente Gefahren für die Finanzstabilität abzuwehren, wird eine professionelle Überwachung und Regulierung für das Finanzsystem insgesamt benötigt. Dies fällt in die Aufgabe der internationalen und nationalen Aufsichtsbehörden und der Zentralbanken, mit welchen das Land im guten Austausch steht.

B e g r ü n d u n g

Zum Abschluss des Handlungsfelds IV – Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft und Nutzung ihrer Potenziale zur Krisenvorsorge und Krisenbewältigung wird ein Zwischenfazit gezogen, dass die bisherigen Erkenntnisse aus den Anhörungen zusammenfasst und erste Ansatzpunkte für Handlungsempfehlungen identifiziert. Die hier dargestellten Themen haben sich als Schwerpunkte des vierten Handlungsfelds herausgestellt und sollen von der Enquetekommission in ihrer abschließenden Berichterstellung berücksichtigt werden. Es handelt sich nicht um eine abschließende Aufzählung und auch nicht um eine Vorwegnahme der konkreten Handlungsempfehlungen, welche erst zum Ende der Enquetekommission formuliert werden. Die Themenschwerpunkte können daher im weiteren Verlauf der Enquetekommission ergänzt oder verändert werden.

Zu TOP II.3
Antrag Nr. 3
22. EK KG / 23.2.2024

Landtag von Baden-Württemberg

17. Wahlperiode

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Antrag

der Fraktion SPD

Öffentliche Politische Aussprache zum vierten Handlungsfeld

Trendpapier zum vierten Handlungsfeld Wirtschaft

Die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ wolle beschließen, hinsichtlich der zu erarbeitenden Handlungsempfehlungen in Handlungsfeld IV – Wirtschaft folgende Themenschwerpunkte zu berücksichtigen:

1. Gute Arbeit und Transformation

Nicht nur die Pandemie, sondern vor allem der Ukraine-Krieg, die damit einhergehende steigende Inflation und die Energiepreiskrise haben die baden-württembergische Wirtschaft vor immense Herausforderungen gestellt. Hinzu kommt der Transformationsprozess, der Baden-Württemberg mit seinen Schlüsselindustrien Maschinen- und Automobilbau besonders betrifft.

In den Anhörungen wurde deutlich, dass gute Arbeit und Transformation zwingend gemeinsam gedacht werden müssen. Der partizipative Ansatz, also die Einbindung der Beschäftigten in diesen Prozess, spielt dabei eine zentrale Rolle. Deshalb sollen in den Handlungsempfehlungen entsprechende Maßnahmen vorgesehen werden, wie die Mitbestimmung in Unternehmen, z.B. in Form von Betriebs- und Personalräten, gestärkt werden kann, damit alle Beschäftigten in den Transformationsprozess aktiv einbezogen werden können. Dabei sollen auch entsprechende Betriebsvereinbarungen zum Gesundheitsschutz der Beschäftigten in den Blick genommen werden. Ziel soll es sein, dass keine beschäftigungspolitischen Brüche entstehen und Arbeitsplätze – wenn auch in veränderter Form – erhalten werden können.

Die Transformation der Wirtschaft muss aktiv gestaltet werden. Hierzu bedarf es verschiedener Maßnahmen der Unternehmen, die Einbeziehung der Beschäftigten, aber auch die Schaffung von staatlichen Rahmenbedingungen wie z.B. durch gezielte Förderprogramme. Dabei kommt es darauf an, sozialpartnerschaftliche Lösungen zu finden, die allen Beteiligten und dem Standort mit seiner gesamten Wirtschaft gerecht werden.

Der Standort Baden-Württemberg ist u.a. deshalb so erfolgreich, weil Mitbestimmung und Tarifreue wesentliche Elemente der hier ansässigen Industrie darstellen und damit ein hohes Maß an Planungssicherheit für Unternehmen wie auch für Beschäftigte bieten. Aus diesem Grund sollen Mitbestimmung und Tarifbindung weiter gestärkt werden, auch um im Wettbewerb um Fachkräfte nicht das Nachsehen zu haben. Technischer Fortschritt und sozialer Fortschritt gehen in Baden-Württemberg Hand in Hand.

Zu TOP II.3

Antrag Nr. 3

22. EK KG / 23.2.2024

In Zeiten der Transformation ist es unverzichtbar, auf gut ausgebildete Fachkräfte zurückgreifen zu können. Die Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten, vor allem vor dem Hintergrund sich verändernder Anforderungen, sind daher zentrale Optionen, um den Transformationsprozess gut bewältigen zu können.

2. Fachkräfte für mehr Resilienz

Viele Sachverständige haben das Thema Fachkräftemangel bzw. Arbeitskräftemangel in den Anhörungen thematisiert. Zur Stärkung der Resilienz der Wirtschaft ist es notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, wie zusätzliche Fachkräfte mobilisiert und ausgebildet werden können. Jedes Jahr verlassen zu viele junge Menschen die Schule ohne Abschluss. Dies können wir angesichts des immer drängender werdenden Fachkräftemangels nicht länger hinnehmen. Wir halten daher eine Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik für notwendig, welche Arbeitslose verstärkt in Beschäftigung bringt, die Arbeitsproduktivität stärkt, die Erwerbstätigkeit von Frauen erhöht sowie tariflich abgesicherte flexible Arbeitszeitmodelle vorsieht. Ziel soll es sein, das schlummernde Fachkräftepotenzial besser abzurufen: So gelten nach Erstergebnissen des Mikrozensus 2022 in Baden-Württemberg 17,7% der jungen Erwachsenen als ungelern.¹ Deshalb sollen in den Handlungsempfehlungen Maßnahmen festgelegt werden, wie Aus- und Weiterbildungsprogramme neu aufgelegt, Erwerbstätige besser angesprochen und zu einer Qualifikation ermutigt werden sowie Arbeitslose in Beschäftigung gebracht werden können. Zu guter Letzt braucht das Land jedoch auch eine langfristige Fachkräfteoffensive, zu der die Bausteine Stärkung der Ausbildung mit einer Ausbildungsplatzgarantie, Investitionen in Weiterbildung und Qualifizierungsmaßnahmen, ein Landesprogramm zur Anwerbung ausländischer Fachkräfte und die unbürokratischere und schnellere Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen gehören. Dabei sollen auch Erkenntnisse der Future-Skills-Studie adäquat berücksichtigt werden.

Um in einer digitalen Lern- und Arbeitswelt bestehen zu können, müssen Kinder und Jugendliche entsprechend in der Schule darauf vorbereitet werden. Die Handlungsempfehlungen sollen daher geeignete Maßnahmen enthalten, mit denen der IT-Unterricht an weiterführenden Schulen entsprechend weiterentwickelt werden kann. Grundsätzlich soll die Berufsorientierung mehr Raum an den Schulen einnehmen, um einen zentralen Beitrag zur Fachkräftesicherung zu leisten. Studium und berufliche Ausbildung sind gleichwertig erstrebenswerte Ziele, deren Vorteile ergebnisoffen und klar an allen Schularten kommuniziert werden sollen. In den Handlungsempfehlungen sollen geeignete Maßnahmen dargelegt werden, wie die Berufsorientierung in Schulen mehr Raum erhalten kann.

Des Weiteren sollen Maßnahmen berücksichtigt werden, mit denen die Stärkung der Weiterbildung gelingen kann, z.B. in Form eines Weiterbildungsfonds, der insbesondere Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen zugutekommen soll.

Da die Behebung des Fachkräftemangels nicht allein durch bereits hier lebende Fachkräfte erfolgen kann, bedarf es eines Landesprogramms zur Anwerbung ausländischer Fachkräfte, das gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden unter Beteiligung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden entwickelt und durchgeführt wird. Ziel soll es sein, ausländische Arbeitskräfte durch Fachkräftebotschafter in ihrem Heimatland gezielt für bestimmte Berufe in Baden-Württemberg zu gewinnen und sie und ihre Familien u.a. bei der Erledigung von Behördengängen u.a. zu unterstützen.

Außerdem bedarf es eines Fachkräftewillkommensgesetzes, wie es die SPD-Landtagsfraktion bereits für die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen in Gesundheits- und Pflegeberufen vorgeschlagen hat, auch für andere Bereiche. Um dies umzusetzen, braucht Baden-Württemberg eine echte Willkommenskultur, damit ausländische Fachkräfte – nicht nur in den Arbeitsmarkt, sondern auch in unsere Gesellschaft erfolgreich integriert werden können. Kern des Fachkräftewillkommensgesetzes sollen die schnellere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen, unbürokratischere, digitale Verfahren und eine durchgängige Anerkennungsberatung sein. Dies soll entsprechend in den Handlungsempfehlungen festgehalten werden.

¹ [Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung \(statistik-bw.de\)](https://www.statistik-bw.de); abgerufen am 8.1.2024.

Zu TOP II.3

Antrag Nr. 3

22. EK KG / 23.2.2024

Zu Guter Letzt soll das Chancenaufenthaltsrecht des Bundes konsequent umgesetzt werden, um entsprechende Fachkräftepotenziale zu heben.

3. Erwerbstätigkeit von Frauen ausbauen

Frauen waren während der Pandemie vielfach besonders gefordert, da sie häufig die Zusatzbelastungen durch Lockdowns, Kita-Schließungen und Home-Schooling getragen haben. Unabhängig davon betrug der Gender Pay Gap, also der Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen, im Jahr 2022 23 Prozent, wobei in den letzten Jahren ein leichter Rückgang des Gender Pay Gap zu beobachten ist.² Der Gender Time Gap, d.h. die Differenz der wöchentlichen Arbeitszeit von Frauen und Männern, ist hingegen in der Pandemie von 10 auf 11 Stunden angestiegen. Durch den gesunkenen Arbeitsumfang weiblicher Beschäftigter, insbesondere von Müttern, ist der Wirtschaft ein erhebliches Arbeits- und Fachkräftepotenzial verlorengegangen. Zudem ist neben Arbeitsmigration die Frauenerwerbsquote ein entscheidender Faktor mit Blick auf die demographischen Herausforderungen für unseren Arbeitsmarkt. Ziel soll es daher sein, das Arbeits- und Fachkräftepotenzial von Frauen mit und ohne Migrationshintergrund durch den Ausbau geeigneter Programme wie z.B. der „Kontaktstellen Frau und Beruf“ besser zu heben, womit der Fachkräfteengpass deutlich verringert werden könnte. Flankiert werden soll dieses Ziel mit Maßnahmen zum Ausbau der Kitabetreuung sowie des Ganztagsangebots an Schulen, was entsprechend in den Handlungsempfehlungen aufgegriffen werden soll. Die Umsetzung entsprechender Maßnahmen in Unternehmen hinsichtlich flexibler Arbeitsbedingungen, einer grundsätzlich lebensphasenorientierten Personalpolitik sowie das Ausschöpfen der Möglichkeiten der Digitalisierung und des Homeoffice gehören jedoch genauso dazu. Gründungen sind ein wichtiger Faktor für wirtschaftliche Innovationsstärke. In den Handlungsempfehlungen sollen Maßnahmen festgehalten werden, mit deren Hilfe die Rolle von Gründerinnen gestärkt werden kann.

4. Aktive und strategische Industrie- und Strukturpolitik des Landes und Unternehmen in der Transformation unterstützen

Kern einer aktiven und strategischen Industrie- und Strukturpolitik stellt zunächst einmal die Fachkräftesicherung dar, ohne die die weiteren Maßnahmen nicht gelingen werden. Die Corona-Pandemie, aber auch der Ukraine-Krieg haben eindrücklich gezeigt, dass Materialengpässe und Lieferprobleme von einzelnen Produkten keine Seltenheit mehr darstellen. Daher ist es notwendig, Lieferketten zu diversifizieren, wobei eine Strategie des De-Risking angewandt werden soll. Dies soll jedoch nicht die vollständige Entkopplung der Lieferketten von bestimmten Ländern zur Folge haben, sondern lediglich der Risikominderung und der Stärkung der Resilienz von belastbaren Lieferketten dienen.

Eine moderne Investitionspolitik setzt Anreize für Unternehmen, stärkt Forschung und Innovationen und sorgt für eine stärkere Verzahnung von Forschung und Industrie-Produktion. Deshalb sollen in den Handlungsempfehlungen Maßnahmen vorgesehen werden, wie Förderkulissen des Landes in den Bereichen Innovationen und Investitionen prioritär auf die industriellen Bereiche fokussiert werden können, die die Resilienz stärken und zu einer erfolgreichen Transformation beitragen.

Baden-Württemberg soll attraktiver Industriestandort sein, um Investitionen zu generieren. Das setzt auch voraus, dass große Unternehmenserweiterungen und komplette Neuansiedlungen von Industrieproduktionsstätten im Land möglich werden. Deshalb sollen in den Handlungsempfehlungen Maßnahmen für eine proaktivere Struktur- und Ansiedlungspolitik berücksichtigt werden, die einheitliche Ansprechpartner*innen unter Einbindung der Landesvertretungen in Berlin und Brüssel sowie schnellere Verwaltungsverfahren beinhalten. Zur erfolgreichen Neuansiedlung gehört auch das Bereitstellen einer verlässlichen Versorgung mit erneuerbaren Energien zu wettbewerbsfähigen Preisen u.a..

² [Gender Pay Gap 2022 – Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern in Baden-Württemberg \(statistik-bw.de\)](#), abgerufen am 16.01.2024

Zu TOP II.3

Antrag Nr. 3

22. EK KG / 23.2.2024

Eine Evaluation der Hilfsprogramme ist aus unserer Sicht zwingend notwendig, um Lehren für künftige Krisen und etwaige Programme ziehen zu können. Verschiedene Sachverständige haben dargelegt, dass eine bessere Verzahnung der Hilfsprogramme zwischen Bund und Ländern sinnvoll und notwendig ist. Dazu bedarf es einer koordinierenden Stelle, deren Implementation in den Handlungsempfehlungen aufgegriffen werden soll.

Für eine resiliente Wirtschaft sind resiliente Unternehmen essenziell. Da Unternehmen die Herausforderungen des Fachkräftemangels bewältigen müssen, kommen sie nicht umhin, Perspektiven für Fachkräfte zu bieten wie z.B. Aufstiegs-, Weiterbildungs-, aber auch Vorsorgemöglichkeiten. Auch sog. weiche Faktoren wie z.B. Familienfreundlichkeit oder Unterstützung bei der Wohnungssuche bzw. bei der Suche nach einem Betreuungsplatz für die Kinder spielen eine immer größere Rolle. Gleichzeitig sollen Betriebe wieder verstärkt ausbilden. Denn laut Erhebungen des Bundesinstituts für Berufsbildung von 2021 bilden nur noch 50 Prozent der Betriebe aus. Das ist aus unserer Sicht nicht ausreichend. Betriebe sollen verstärkt in Auszubildende investieren, um die Fachkräfte für morgen zu gewinnen und diese im Idealfall längerfristig an sich binden zu können.

Gerade kleinere und mittlere Unternehmen (KMU), die keine eigene Forschungsabteilung aufweisen, sind auf Beratungsförderung und Coaching angewiesen, um die Herausforderungen der Transformation zu bewältigen und sich weiterentwickeln zu können. Hierfür braucht es Konzepte des Landes, wie die Beratungsförderung ausgestaltet werden kann. In den Handlungsempfehlungen sollen Maßnahmen etabliert werden, die eine Beratungsförderung für KMU spezifizieren.

Gleichzeitig sind es die Hochschulen, die als Innovationstreiber und Transferpartner engere Kooperationen mit Unternehmen eingehen können, um eine bessere Verzahnung von Forschung und Industrie-Produktion bzw. Know-How-Transfer zu bewerkstelligen. Ziel soll es sein, nicht nur die vorhandene Spitzenforschung weiter in Baden-Württemberg zu etablieren, sondern auch den Rahmen zu schaffen, neben Arbeitsplätzen in der Forschung eine nennenswerte Anzahl von gut bezahlten Facharbeitsplätzen in der Produktion zu sichern. Die Handlungsempfehlungen sollen Maßnahmen zur Stärkung der Hochschulen in ihrer Rolle als Innovationstreiber und Transferpartner für die baden-württembergische Wirtschaft vorsehen.

5. Strukturen und attraktive Innenstädte sichern

Schon vor Ausbruch der Corona-Pandemie haben sich die Zentren von Städten und Gemeinden gewandelt: Die Schließung von Geschäften, länger andauernde Leerstände, schwindende Passant*innenfrequenz und die Veränderung des Einkaufs- und Freizeitverhaltens haben die Struktur der Innenstädte und Ortskerne verändert. Diese Entwicklungen wurden durch die Pandemie massiv beschleunigt mit dem Ergebnis, dass die Gestaltung und Umgestaltung sowie (Wieder-)Belebung von Innenstädten und Ortskernen noch drängender wurde. Das Land ist daher gefordert, dem Beispiel anderer Länder zu folgen und mehr zu unternehmen, um Innenstädte und Ortskerne zu stärken. Daher sollen in den Handlungsempfehlungen geeignete Maßnahmen wie z.B. ein Handels- und Investitionsfonds für Einzelhandel und Innenstädte in Betracht gezogen werden, um für lebendige Innenstädte zu sorgen.

Nicht nur in den Innenstädten besteht Handlungsbedarf, sondern insgesamt bei der öffentlichen Infrastruktur. So soll z.B. in Krankenhäuser und Hochschulen investiert werden, aber auch in die weitere öffentliche Infrastruktur wie etwa Straßen und Schienen, damit Baden-Württembergs Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt und der Sanierungsstau abgebaut werden kann.

Das Land soll den Schutz zentraler Einrichtungen in den Bereichen Energie und Kommunikation gewährleisten, womit auch der Aufbau von Redundanzen einhergehen muss, um etwaige Ausfälle kompensieren zu können. Dazu sind entsprechende Maßnahmen in den Handlungsempfehlungen auszuweisen.

6. Versorgung sichern

Die Unterbrechung von Lieferketten und weltweite wirtschaftliche Einbrüche treffen insbesondere die stark exportabhängigen Unternehmen in Baden-Württemberg enorm und führen uns vor Augen, dass

Zu TOP II.3

Antrag Nr. 3

22. EK KG / 23.2.2024

die Resilienz der hiesigen Industrie und Wirtschaft gestärkt werden muss. Das betrifft unter anderem eine stärkere Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern, u.a. durch den beschleunigten Ausbau der regenerativen Energieerzeugung und die mittel- und langfristige Sicherstellung von für die industrielle Produktion benötigten Ressourcen wie etwa Halbleiter. Die Herstellung von Medizinprodukten soll wesentliches Element einer resilienten Versorgungsstruktur sein.

Das Land benötigt darüber hinaus resiliente Versorgungsstrukturen für die Energieversorgung, die Trinkwasserversorgung, die Lebensmittelversorgung sowie die Breitbandversorgung. Um diese vorhalten zu können, bedarf es der Umsetzung von gemeinsam eingeübten Krisenszenarien. In den Handlungsempfehlungen sind Überlegungen zu erwägen, in welcher Form die Installation eines Chief Resilience Officers umgesetzt werden kann. Dieser soll dafür zuständig sein, Abhängigkeiten zwischen Risiken und Sektoren zu erfassen sowie die Koordination von Ressourcen bzw. die Förderung von Kooperationen und die Bereitstellung von geeigneten Plattformen sicherzustellen und dadurch zum besseren Informationsfluss zwischen den Beteiligten beizutragen.

In immer mehr Kommunen gibt es Probleme mit der Trinkwasserversorgung, weil Grundwasserstände sinken und erste Brunnen für Trinkwassergewinnung versiegen. Das Trinkwassernetz muss entsprechend angepasst werden, wofür viele gerade kleinere Gemeinden eine ausreichende Unterstützung des Landes benötigen. Zudem muss landesweit analysiert werden, welche Änderungen der Trinkwasserversorgung aufgrund des Klimawandels in den kommenden 20 Jahren auf uns zukommen, um entsprechende Kosten besser einplanen zu können. Das System soll durch den Aufbau von Redundanzen resilienter werden, was immense Investitionen in allen Bereichen nach sich ziehen wird. Des Weiteren sollen Sondersysteme im Krisenfall wie z.B. Pumpen im Hochwasserfall, der Transport von Wasser und lebenswichtigen Systemen wie bspw. in Krankenhäusern aufgebaut werden. Auch wenn die Wasserversorgung eine kommunalhoheitliche Aufgabe darstellt, soll sich eine zentrale Institution des Landes der strategischen Planung annehmen, damit die Versorgungssicherheit bis 2100 sichergestellt werden kann. Hierzu sollen in den Handlungsempfehlungen Maßnahmen erläutert werden, wie das Land eine Gesamtstrategie für alle Versorgungsstrukturen implementieren kann.

Die Energiewende stellt Baden-Württemberg ebenfalls vor große Herausforderungen: Dabei ist die Landesregierung gefordert, den schnelleren Umstieg auf erneuerbare Energien voranzutreiben und gleichzeitig die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Da Baden-Württemberg zuletzt mehrfach im Wettbewerb mit anderen Regionen bei Neuansiedlungen den Kürzeren gezogen hat, muss es besser gelingen, ausreichend erneuerbare Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung zu stellen. Nur dann werden Neuansiedlungen gelingen. In den Handlungsempfehlungen sollen Instrumente dargelegt werden, welche hierfür notwendigen Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Baden-Württemberg benötigt als Stromimportland einen schnelleren und ausreichend dimensionierten Ausbau der Stromnetze sowie den Ausbau der Erdgas- und Wasserstoffnetze, um den steigenden Bedarf decken zu können. Das Land muss sicherstellen, dass grüner Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen im ganzen Land zur Verfügung steht und nicht nur entlang der großen Verteilnetze. Für einen ausreichenden und rechtzeitigen Aufbau und Anschluss eines Wasserstoffverteilsnetzes soll die Terranets BW zur Infrastrukturgesellschaft des Landes auf- und ausgebaut sowie perspektivisch um weitere infrastrukturelle Komponenten ergänzt werden. Dazu gehört es auch, die Wasserstoff-Roadmap nicht nur regelmäßig fortzuschreiben, sondern entsprechend ihren Anforderungen durch konkrete Maßnahmen umzusetzen. In den Handlungsempfehlungen sollen geeignete Maßnahmen vorgesehen werden, wie der Auf- und Ausbau des Wasserstoffverteilsnetzes gelingen kann.

7. Klimagerechte Industrie

Für das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 müssen viele Industrieanlagen auf einen CO₂-freien, neuen technischen Standard gebracht werden. Produktionsstätten müssen an neue Strom- und Wasserstoffnetze angeschlossen werden. Neue Anlagen müssen gebaut werden, um etwa Abwärme für die erneuerbare Energieversorgung zu nutzen. Die Modernisierung hin zu einer klimagerechten Industrie ist bereits in vollem Gang, wozu auch der Bund-Länder-Pakt für Beschleunigung vom 6. November 2023 beiträgt.

Zu TOP II.3

Antrag Nr. 3

22. EK KG / 23.2.2024

Darin ist auch geregelt, dass der Aufbau der Wasserstoffindustrie Vorrang erhalten soll. Ein Sachverständiger hat erläutert, dass Investitionen in den Klimaschutz zwar 2% des BIP ausmachen, es aber viel teurer werde, wenn der Klimawandel nicht aufgehalten werde. Die baden-württembergische Industrie muss stärker darauf ausgerichtet werden, künftig unabhängiger von fossilen Energielieferungen aus dem außereuropäischen Ausland zu werden. Das Land muss den Aufbau klimagerechter Produktion sowie die Entwicklung klimagerechter Produkte gezielt und verstärkt fördern. Der Umstieg auf erneuerbare Energien muss durch die Errichtung leistungsfähiger Netze und durch eine dezentrale Energieerzeugung vor Ort beschleunigt werden. In den Handlungsempfehlungen sollen daher Maßnahmen dargelegt werden, wie das Land Planungsprozesse beschleunigen und verschlanken kann, um den klimagerechten Umbau der Industrie zeitnah voranbringen zu können.

8. Entbürokratisierung und Digitalisierung vorantreiben

Der Bürokratieabbau geht in Baden-Württemberg lediglich schleppend voran. Nachdem der alte Normenkontrollrat aufgelöst und mit einer Verzögerung von vielen Monaten ein neuer Normenkontrollrat eingesetzt wurde, hat dieser seitdem nicht mehr von sich reden gemacht. In der von der Landesregierung eingesetzten Entlastungsallianz sollen Maßnahmen zum Bürokratieabbau erarbeitet werden, doch von konkreten Ergebnissen ist noch nichts bekannt.

Die Digitalisierung soll als Beschleunigungsmotor für eine gelingende Entbürokratisierung fungieren, da mit ihrer Hilfe Prozesse – auch in der Verwaltung – deutlich verschlankt werden können.

Die Digitalisierung ist es auch, die den Schlüssel zur Krisen- und Pandemiebekämpfung liefern kann, wenn sie entsprechend vorangebracht wird. Gleichzeitig gilt es darauf zu achten, dass die Cybersicherheit mit dem Ausbau der Digitalisierung Schritt hält. Zu guter Letzt muss – auch bei allen Förderanträgen und dergleichen – das Once-Only-Prinzip konsequent umgesetzt werden, um Doppelanträge zu vermeiden. Dies gilt es, in den Handlungsempfehlungen entsprechend zu berücksichtigen. Künftige Hilfsprogramme sollen ebenfalls unbürokratischer gestaltet werden, um die Inanspruchnahme signifikant zu erhöhen. Ziel soll der Aufbau einer bundesweit einheitlichen und interoperablen IT-Struktur zur Beantragung von Wirtschaftshilfen sein, so dass Antragsverfahren über den gesamten Prozess vereinheitlicht werden können. Gerade KMU und Start-ups sollen von unnötigen bürokratischen Regelungen entlastet werden. Daher sollen in den Handlungsempfehlungen entsprechende Maßnahmen dargelegt werden, wie diese Entlastung realisiert werden kann.